

# WILDEKES VOLKSBOTE.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgesetzte Petition oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anzeige für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21.

Mittwoch, den 25. Januar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und  
das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

## Wunderbare Zeiten.

Unsere Bourgeoisie ist im ganzen eine unbankbare Klasse. Leute, die ihr große Dienste geleistet haben, wie etwa der Oberscharfmacher Bueck, werden von ihr reichlich belohnt. Die Leute der kleinen Dienste werden nur zu leicht vergessen. Und die kleinen Dienste sind doch manchmal schwieriger und unangenehmer als die großen.

Beim vierzigjährigen Jubiläum der Reichsgründung ist von der Presse der liberalen Bourgeoisie allen möglichen Persönlichkeiten der historische Dank abgestattet worden, vom „Handlanger“ Bismarck bis zum Trompeter von Gravelotte. Nur eine Persönlichkeit ist dabei vergessen worden, deren Name in die Annalen des preußischen Polizeiregiments doch mit unauslösbaren Lettern eingetragen ist. Unser historisches Gerechtigkeitsgefühl empört sich dagegen, daß diese Persönlichkeit unverdient Vergessenheit anheimfallen soll.

Es ist der „gewiegte Kriminalist“ Wilhelm Stieber. Diesen Vornamen gab ihm Bismarck.

Tatsächlich ist diese Verkörperung des alten Polizeigesistes mehrfach bei bedeutenden Vorgängen im Vordergrund der historischen Bühne erschienen; so auch bei der Reichsgründung.

Aber wer war Stieber? Die heutige Generation weiß wenig mehr von ihm. Bei früheren Generationen hatte sein Name zur Bildung von Sprichwörtern und eines neuen Zeitwortes geführt. „Es stiebert!“ hieß es, wenn Spiegel um den Weg waren. Das kam so.

Im Jahre 1845 wurde im Hirschberger Tal in Schlesien eine angebliche kommunistische Verschwörung unter den dortigen Webern „entdeckt“, und zwar durch einen Landwirtschaftsmaler Schmidt aus Berlin. Die Sache sah sehr gemacht aus, aber es wurden schwere Strafen verhängt; die Zeitgenossen waren in der Mehrheit der Ansicht, man habe mit dieser Affäre einige den Junkern verhaftete bürgerliche Demokraten aus Meissner liefern wollen. Der „Entdecker“ der Verschwörung, der angebliche Schmidt, war in Wirklichkeit der Kammergerichtsreferendar Stieber, der sich hier seine Spuren als Staatsratter verdiente. Seit 1843 bei der Kriminalpolizei angestellt, eröffnete sich der strebende junge Mann bald eine lohnende Karriere.

Im Jahre 1848 hielt er sich so, daß er es weder mit der Revolution noch mit der Reaktion verdarb. Beim Aufstand vom 18. März gelobte er, die Gefangenen aus dem Volke zu verteidigen, wenn sie vor Gericht gestellt würden. Der Sieg der Revolution überholte ihn der Pflicht, dieses Gelübde zu erfüllen. Als Friedrich Wilhelm IV. seinen bekannten Umriss machte und sich an die Spitze der deutschen Bewegung zu stellen als seinen Enschluß verkündete, wurde diese Komödie am schönsten dadurch beleuchtet, daß der „Kriminalist“ Stieber dabei dem Könige die schwartz-roto-goldene Fahne vorantrug. Ein Polizeispiegel an der Wiege der neuen bürgerlichen Freiheit als Pate — eine der trefflichsten Witze von Mama Historia!

Als die Reaktion kam, widmete ihr Stieber sofort wieder mit heiligem Eifer seine Dienste. Er hatte einst gezeigt, daß Kommunistische Manifest sei „mit Geist und Energie“ geschrieben; er kannte also die damalige sozialistische Literatur besser als die Mehrzahl seiner gebildeten Zeitgenossen; aber eben darum ward er einer der grimmigsten Verfolger der Demokraten und Sozialisten. Er hat auch mit einem gewissen Werner um sich zusammen ein „Schwarzes Buch“ herausgegeben, das ein Verzeichnis aller „staatsgefährlichen Leute“ enthält. (Ob dieser Vermuth ein Verwandter des heutigen Staatssekretärs war, ist uns nicht bekannt.) Stieber war auch der Macher des Kölner Kommunistenprozesses, in welchem die von ihm vorgelegten gefälschten Beweisstücke vom Staatsanwalt für „unrechtfertigt“ erklärt wurden. Trotz dieser fürchterlichen Schlappe behielt ihn das Manneußische Regiment im Dienste, denn er war doch zu gut zu gebrauchen. 1860 aber wurde er infolge der Enthüllungen unseres Parteigenossen Wilhelm Eichhoff wegen Überschreitung seiner Amtsbeschriften unter Anklage gestellt. Der Staatsanwalt behauptete, man dürfe den Glauben an die Unschärbarkeit und Allgewalt der Polizei nicht erschüttern, sonst erschüttere man das ganze System. Stieber ward freigesprochen, aber zur Disposition gestellt. Indessen hatte Bismarck, der bald darauf ans Ruder kam, für sich einen „gewieften Kriminalisten“ immer geeignete Verwendung. Stieber war Chef der Feldpolizei in den Kriegsjahren von 1866 und 1870 und erhielt den Titel: „Geheimer Regierungsrat“. Eine schöne Laufbahn!

Zu Versailles bewachte Stieber im Jahre 1870/71 das preußische Hauptquartier, als die dreißigköpfige Reichstagsdeputation unter Simon und Lasker sich einfand, um in einer Adresse Wilhelm I. zur Annahme der Kaiserwürde zu bestimmen. Man weiß heute längst, daß Wilhelm I. und die feudale Hofpartei dem heftig widerstreben; sie hätten, wie 1848, lieber gleich ein großes Preußen aus Deutschland gemacht. Die Kaiserdeputation wurde genau so übel behandelt, wie die von 1849, die unter demselben Simson im Berliner Schlosse erschien und im Auftrage des Frankfurter Parlaments dort jene Krone anbot, die von Friedrich Wilhelm IV. als „ein imaginärer Reif aus Dreck und Letten gebacken“, bezeichnet wurde. Wilhelm I., der bekanntlich den Abgeordneten Lasker gar nicht leiden konnte, sagte spöttisch: „Ei, da verdanke ich ja Herrn Lasker eine rechte Ehre!“ Hofleute und namentlich Lakaien, die in solchen Fällen gleich dreist werden, sahen auf die Reichstagsdeputation verächtlich herab. Diese stand in ihrem Elend einen unerwarteten Trost, nämlich den Geheimen Regierungsrat und „gewieften Kriminalisten“ Stieber. Der vorstrebende Staatsratter war unter der Manteußischen Junkerschaft zur Disposition gestellt worden; nunmehr rechnete er mit der Möglichkeit, daß im neuen Deutschen Kaiserreich eine Herrschaft der liberalen Bourgeoisie etabliert würde, wie es bis zu einem gewissen Grade auch tatsächlich eine Zeitlang der Fall war. Er wollte sich seine Versorgung auch unter einem solchen Regime sichern, von dem er wohl wußte, daß es so gut wie das feudale seine Ober- und Untergesetz brauchen werde. Darum war er gegen die Deputation von außergewöhnlicher Freundlichkeit und machte ihr gewissermaßen die Honneurs. Sie dankte ihm dafür in einem verbindlichen Schreiben, wo Stieber bemerkte:

„Die Deputation hat mir viel Arbeit gemacht, um ihr einen anständigen Empfang zu bereiten. Die Hof- und Militärpartei war ziemlich kühl, ich vertrat hier die Zivilpartei und das deutsche Volk! Wunderbare Zeiten!“

Wie 1848 an der Schwelle des „konstitutionellen“ Staates, so stand auch an der Schwelle des neuen Deutschen Reiches Herr Stieber, der hier die glorreiche Laufbahn beschloß, die er als „Landwirtschaftsmaler Schmidt“ im Dienste der Berliner Polizei begonnen. Er fühlte sich als „Vertreter des deutschen Volkes“, jenes „Volkes“, zu dem die Simson, Lasker und Anhang gehörten, der deutschen Bourgeoisie. Diese hat er beschuldigt und getötet, als sie von Hößlingen und Lakaien gehänselt wurde, und darum sollten ihre Gelehrten und Journalisten mit der entsprechenden Dankbarkeit gedenken, wenn man sich jener „wunderbaren Zeiten“ erinnert.

Schade, werden die Putzkamer und Genossen gedacht haben, daß er während des Sozialistengesetzes schon zu alt war. Sonst hätte er vielleicht eine neue, verbesserte Ausgabe des Kölner Kommunistenprozesses veranstaltet.

## Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag segte am Dienstag die zweite Lesung der Reichswertzabfuhrsteuer fort und kam auch an diesem sechsten Tage der Beratung nicht zu Ende. Bei dem § 49, der den Verteilungsmodus zwischen Reich, Bundesstaaten und Gemeinden regelt, kam es zu langen Debatten, wobei besonders der Abg. Arndt durch überflüssige Betrachtungen das Haus aufhielt. Der Städtehaß des Zentrums und der Rechten trat wieder einmal sehr in Erscheinung und wurde vom Abg. Cuno mit Recht gebrandmarkt. Ein vom Genosse Brühl eingebrachter Antrag, der den Veteranen das Brotfest bestimmt, an Stelle der Steinleerer Versprechungen reichen sollte, wurde natürlich von der Mehrheit abgelehnt. Der mit sozialdemokratischer Hilfe gewählte Konservative Feldmann-Hildesheim, behauptete schlankweg, die Veteranen würden keinen Ehrenplatz von Sozialdemokraten annehmen. Ach, man nimmt ganz was anderes von Sozialdemokraten an. Sogar Reichstagsmandate! Ein alberner Anrempelungsversuch des Schatzwackers Raab sandte vom Genossen Leber gebührende Zürchtigung.

Am Mittwoch soll nun ganz bestimmt die Reichswertzabfuhrsteuer zu Ende beraten werden und außerdem noch die Fernprechgebührenordnung und das Reichsbesteuerungsgesetz erledigt werden. Wie man das ansehen will, ist ein düsteres Geheimnis. Der Präsident stellte eine Abension in Aussicht. Schon jetzt im Januar mit Abendjagden anzutragen, das kann heiter werden. Ob mit solcher Durchpeitscherei dem Ansehen des Reichstags und dem Interesse der Gesetzgebung gedient ist, bleibt dahingestellt. Auf den recht naheliegenden Ge-

danken, lieber den Reichstag ein paar Wochen früher einzuberufen, scheint man ja nicht zu versetzen.

Das preußische Abgeordnetenhaus begann Dienstag die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung. Wie üblich, brachten die Agrarier aller Richtungen die verschiedensten Klagen und Beschwerden vor. Der Landwirtschaftsstaat geht es ihrer Meinung nach immer noch nicht gut genug. Behauptete doch einer der Redner, daß der Preis des Roggens geradezu ruinös sei, und daß auch die Biehpreise nicht hoch genug seien. Da muß man sich unwillkürlich fragen, wie weit denn der Lebensmittelzucker getrieben werden soll, bis diese Herren zufriedengestellt sind. Während sie so auf der einen Seite immer mehr Einnahmen fordern, jammern sie auf der andern Seite über die angeblich zu hohe sozialpolitische Belastung.

Unterm Redner, dem Genossen Leinert, war es ein leichtes, an der Hand amtlicher Denkschriften und Statistiken die Unhaltbarkeit der agrarischen Haupplungen nachzumachen. Er bewies zahlenmäßig, welchen Vor teil die Großgrundbesitzer von dem Zollzucker gehabt haben, und wie andererseits die Landarbeiter immer mehr vereindeln. Insbesondere unterzog er die Landarbeiterwohnungen, die Kinderausbeutung, das Schulwesen und die Armenpflege auf dem Lande einer vernichtenden Kritik. Seine Forderungen gipfelten darin, daß man endlich die Ausnahmegesetze für Landarbeiter, vor allem die Kontraktbruchgesetze befreiten und den Landarbeitern das Konkurrenzrecht gewähren soll.

Ein freikonservativer Redner, Abg. v. Kardorff, gab im Verlauf der Debatte ganz unumwunden der Verführung Ausdruck, daß der nächste Reichstag keine hochschulmmerische Mehrheit mehr aufweisen werde.

Diese Äußerung bewirkte der nationalliberale Redner Glazek, um an die Konservativen das Etat zu richten, bei den Reichstagswahlen die Nationalliberalen zu unterstützen, die dann zum Dank dafür für Hochschulmmer einzutreten würden. Für unsere Genossen im Lande wird diese Äußerung bei der Agitation recht wertvoll sein. Wir wissen nun, daß die Nationalliberalen von uns genau so bekämpft werden müssen, wie der Schnapsblock.

Die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wird am Mittwoch fortgesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zu Beginn der Sitzung die bürgerlichen Parteien wiederum eine Erklärung abgeben werden, die sich gegen die Erklärung unserer Genossen vom Montag zum Falle Hoffmann richtet.

Die Entrüstungskomödie im preußischen Landtag soll eine Fortsetzung erfahren. Veranlaßt durch die Erklärung, die der Genosse Hirsch am Montag zu dem bekannten Zwischenfall abgegeben hat, wurde in den Kreisen der bürgerlichen Parteien der Gedanke erwogen, ob nicht eine weitere Verstärkung der Geschäftsordnung in Vorschlag zu bringen sei. Dem Präsidenten wollte man eine Art Strafgewalt über die Abgeordneten einräumen, in der Art, daß neben der Wortentziehung auch auf Verlust der Diäten auf bestimmte Zeit durch den Präsidenten erkannt werden kann. Eine Einigung wurde allerdings nicht erzielt, denn die Entziehung der Diäten würde eine Verfassungsänderung zur Voraussetzung haben, und die reaktionären Parteien haben begreiflicherweise eine gewisse Scheu davor, irgend eine Abänderung an der Verfassung vorzunehmen.

Die „Pots“ gibt allerdings der bestimmten Erwahrung Ausdruck, daß etwas geschehen wird, und zwar erinnert sie in folgender Weise an ein „englisches Vorbild“:

Angesichts des Vorfalls Hoffmann im Abgeordnetenhaus und seiner Billigung durch die übrigen sozialdemokratischen Mitglieder mag daran erinnert werden, daß das englische Unterhaus die Berechtigung besitzt, Mitglieder, welche das Haus beleidigt haben, so lange gefangen zu setzen, bis sie liebstig Abbitte leisten und daß von diesem Rechte noch vor wenigen Jahren nachdrücklich Gebrauch gemacht worden ist. Ein Parallele zu diesen englischen Rechtszustände würde sich für das Abgeordnetenhaus konstruieren lassen, wenn in die Geschäftsordnung die Bestimmung aufgenommen würde, daß Abgeordnete, welche das Haus unmittelbar oder in seinem Präsidenten beleidigen, so lange vom Wort ausgeschlossen werden können, bis sie Abbitte leisten.“

Ob man auf dem blauen Fußboden, oder etwa auf dreizackigen Catzen zu klettern hat, das verrät die „Pots“ leider nicht.

Sozialistische Extra-Zone.

Der Landwirtschaftliche Kreisverein Sorau besäß sich jüngst mit der sehr aktuellen Frage der Rüttelung der Reiterschweine. Der Anstvorsitzender Lehmann-Laubitz empfahl eine tägliche Beigabe von Fischmehl und führte nach dem „Boten aus dem Niedergebirge“ dazu aus:

"Ein schlechter Geschmack des Fleisches sei kaum zu befürchten, wer sich aber daran störe, der könne sich ja für seine eigenen Bedarf wenige Schweine extra mästen."

Wie Sachverständige behaupten, macht die Fischmehlfütterung das Fleisch trüg, nach agrarschen Anschaunungen ist aber für die städtische Bevölkerung alles noch gut genug.

#### Politik der Mädelsstiche.

Nach einer Beschwerde des polnischen Komitees für Volksvorläge in Posen hat das preußische Oberverwaltungsgericht als höchste Instanz vor einigen Tagen entschieden, daß unter den § 12 des Reichsvorlauges nur die öffentlichen Versammlungen fallen, die unmittelbar bezwecken, auf politische Angelegenheiten Einstellung auszuüben. Dagegen ist es erlaubt, öffentliche Versammlungen in polnischer Sprache zu veranstalten, die Bildungszwecke verfolgen. Seit dieser Entscheidung finden in Posen die betreffenden Versammlungen ungehindert statt. Was in Posen gilt, braucht natürlich in Oberschlesien nicht beachtet zu werden! Als vor einigen Tagen in Katowic ein öffentlicher Lichthilfenvortrag in polnischer Sprache angekündigt war, löste ein Polizeikommissar gleich nach Eröffnung die Versammlung wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache auf. Der Vorsitzende des Katowicer Komitees für polnische Volksvorläge, der polnische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Seyda, ließ der Katowicer Polizei vor der betreffenden Versammlung die Abschrift des Urteils des Oberverwaltungsgerichts augehen; man sekte sich trotzdem auf Grund eines Ukas des Regierungspräsidenten in Oppeln über jene Entscheidung hinweg.

#### Der verdienstvolle Dallwitz.

Die "Deutsche Tageszeitung" findet es erfreulich, daß es am Sonntag der Wahlrechtssymposien zu keiner Ablösung auf der Straße gekommen sei. Anstatt nun die sozialdemokratische Disziplin anzuerkennen, die es erreicht, daß die Massen trotz der Übersfülle von Jäufelstoff um entschlossen ihren Willen zum Kampf ums Wahlrecht bekunden, schreibt sie "in erster Linie" dem Dallwitzer das "Verdienst" daran zu:

Das ist wohl in erster Linie der nicht mißzuverstehende Erklärung zu verdanken, die Minister v. Dallwitz im preußischen Abgeordnetenhaus bei den Versprechungen über Moabit in dankenswerter Klarheit abgab, daß nämlich derartigen Krawallen gegenüber mit rücksichtsloser Energie entgegengetreten werden müsse und darüber darf kein Zweifel herrschen — auch in Zukunft entgegengetreten werden solle.

Vielleicht erkundigt sich Herr v. Dallwitz gelegentlich beim Sagow, was von dem Wert solcher Anerkennungen zu halten ist:

#### Evangelische Arbeitervereinler gegen einen Nationalliberalen.

In einer Versammlung der technischen Angestellten, die vor einiger Zeit in Dresden stattfand, wurde der nationalliberale Reichstagabgeordnete Dr. Heinze wegen seiner Haltung in der Frage der Arbeitskammern scharf angegriffen. Herr Heinze nahm sich vor, auf diese Angriffe zu antworten, bejorgte dies aber nicht etwa in einer öffentlichen Versammlung, sondern flüchtete sich in eine Versammlung des evangelischen Arbeitervereins. Er vermeidet es aber sorgfältig, die Gründe dafür anzugeben, weshalb die Nationalliberalen sich gegen die Ausschaffung der Arbeitersekretäre erklärt haben. Zu einer längeren Diskussion war keine Zeit, weil der Abgeordnete, wie er erklärte, sofort nach Berlin zurückkehren mußte. In den wenigen Minuten, die unter diesen Umständen zu einer Diskussion zur Verfügung standen, wurde Herrn Dr. Heinze scharf zugesetzt und die Abstimmung über eine seine Haltung verurteilende Resolution unterblieb nur deshalb, weil das Bureau der Versammlung der Ansicht war, daß eine solche Abstimmung mit dem Vereinssatz nicht in Einklang zu bringen sei.

#### Gegen die Steuerschen der Großagrarien unternimmt das Organ des Deutschen Bauernbundes einen Vorstoß. Unter der Aufschrift "Aufgepaßt!" veröffentlicht es folgende Aufforderung:

Wir möchten an unsere Freunde die dringende Mahnung richten, die Gelegenheit der Steuerfluchtung jetzt wahrzunehmen und möglichst an vielen Stellen festzustellen, welche Steuern vom Großgrundbesitz pro Hektar und welche vom bauertümlichen Besitz pro Hektar gezahlt werden. Es ist uns aus vielen Begebenheiten bewusst, wie außerordentlich ungerecht dabei meist zum Schaden des Bauernlandes vorgenommen wird. Wir möchten nun möglichst umfangreiches Material darüber haben und bitten daher unsere Mitglieder, so weit es ihnen möglich ist, uns bald darüber Mitteilung zu schicken.

Da mich wohl das Hauptorgan des Bundes der Landwirte wieder einen neuen Wutansatz bekommen. Es hat ihm schon schwere Stunden gemacht, als Professor Delbrück die Steuerreden der großen Grundbesitzer öffentlich festnagelte. Wenn jetzt der Bauernbund daran geht, dafür neues Beweismaterial herbeizuschaffen, so wird der Grimme der Landbündler gegen diese Konkurrenzorganisation noch mehr wachsen.

#### Bassermann noch immer obdachlos.

Die Meldung, daß der Abg. Bassermann in Saarbrücken für den nächsten Reichstag kandidiert, ist nicht zutreffend. Die liberale "Neue Saarbrücker Zeitung" setzt nämlich mit:

Rath unterrichtete Informationen, da die Nachricht nicht richtig. Sie kann auch insofern nicht richtig sein, als die Bezeichnerverbindung, welche die Aufführung des Reichstagsabgebotes vorausnehmen hat, noch gar nicht stattgefunden.

#### Die "Gesamtsiedlung" reißt dazu nach.

Richtig ist, daß vor einiger Zeit der Vorstand der nationalliberalen Partei für den Wahlkreis Saarbrücken den Abgeordneten Bassermann für die kommende Reichstagswahl die Mandatsträger vorgestellt habe. Bassermann hatte jedoch abgelehnt, weil der rechte Diakel, die Bezeichner der Großgrundbesitzer sich entschieden gegen seine Kandidatur entschieden. Sein politisch stärkster Gegner war der Landtagsabgeordnete Dr. Kochling, Bürdecker der Böllinger Hütte und der "kommende" Mann der Scharfmacher an der Lände.

Warum stellt man Bassermann nicht in einem der "absolut sichersten Kreise" auf, die dem Abg. Dr. Weber angeblich angeboten worden sind? Oder liegen diese Kreise etwa auf dem Mond?

#### Liberale Wahlprüfungen.

Aus parlamentarischen Kreisen wird einer Korrespondenz berichtet, in 92 Wahlkreisen schwebten über die Frage der Wahlhilfe Verhandlungen zwischen den Nationalliberalen und den Fortschrittler. In 35 Fällen würde bei dem Zustandekommen die Sozialdemokratie der Leitende sein, heißt es in der Mitteilung. Wenn das die Aussage der "parlamentarischen Kreise" ist, aus denen die Mitteilung stammt, ist der Korrespondent allerdings an recht optimistische und zuversichtliche Leute geraten.

#### Die Notleidenden.

Die konservative Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hat den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen, im Landwirtschaftsamt Mittel zur Unterstützung der Landwirte — namentlich in den Grenzkreisen — bereitzustellen, die durch Sperrmaßregeln, die im Interesse der heimischen Viehzucht getroffen werden müssen, in ihrer Existenz bedroht werden.

Forderungen der Notleidenden werden immer damit begründet, daß ihre Existenz bedroht sei. Für solche Begründungen hat die preußische Regierung, die nach Dallwitz "nicht konservativ" ist, immer ein sehr feines Ohr. Wenn die arbeitenden Klassen ihre Existenz bedroht sehen, antworten die "Machgebenden" mit Hinweisen auf "ungefundene Begehrlichkeit."

#### Die Ergebnisse der "nationalen" Tat.

Die Ergebnisse der Fuselblock-Steuern sind hinter den Erwartungen, die die Regierung an sie geknüpft hat, zum Teil weit zurückgeblieben. Die Leistungsmittelsteuer, die vom 1. April 1910 bis Ende Dezember eine Solleinnahme von 8 792 503 Mk. ergeben sollte, hat nur eine Steuernahme von 6 803 700 Mk. gebracht. Die Jäufelwarensteuer hat eine Steuernahme von 9 995 525 Mk. gegen eine Solleinnahme von 12 094 436 Mk. ergeben. Die Tabaksteuer verzeichnete dagegen eine Steuernahme von 9 308 596 Mk. gegen eine Solleinnahme von 8 716 338 Mk. Die Salzsteuer hat 3 307 557 Mk. ergeben, gegen eine Solleinnahme von 3 478 525 Mk. Bei den Zöllen beträgt die Steuernahme 474 747 657 Mk., die Solleinnahme 525 372 151 Mark.

#### Zuchthausvorlagen-Gefüste.

In einer Betrachtung über das Schwurgerichtsurteil im Moabiter Prozeß schreibt die "Deutsche Tageszeitung":

Wedenken, und zwar ernster Art, müssen wir aber gegen den Basis der Urteilsbegründung erheben, in welchem es als mildernder Umstand für Gewalttätigkeiten betrachtet wird, daß sie ihren Ursprung in einem Lohnkampf am pflichten. Sicher kann in manchen Fällen ein Arbeiter, wenn es im Verlaufe eines Lohnkampfes zu Misshandlungen kommt, in milderem Lichte erscheinen als der Aufrührer aus bloßer Lust an Gewalttat. Andererseits aber ist das freie Arbeitsrecht ein so hohes Kulturgut und ein so notwendiges Postulat des Reichstagsstaates, daß es mit allen Kräften geschützt werden muß; und sind weite Kreise unseres Volkes der Überzeugung, daß der gegenwärtige Strafrechtliche Schutz die gute Rechtsetzung nicht ausreicht. Ob es unter diesen Umständen angebracht war, in der Urteilsbegründung eine Ausschaffung auszusprechen, die der ohnehin in der dauerlich steigenden Maße entwickelten Neigung Gewalttaten anzuwenden, schwierig entgegenkommen kann, muß mehr als zweifelhaft bleiben!

Die Behauptung, es zeige sich die wachsende Neigung, im Arbeitskampf Gewalttaten anzuwenden, ist eine freche und unsame Verleumdung der organisierten Arbeiterschaft. Der Scharfmacher ist kein Mittel zu schmähen, wenn es einer Heze gegen die Arbeiterschaft gilt. Als Musterknaben des "freien Arbeitsrechtes" betrachtet die "Deutsche Tageszeitung" selbstverständlich nur das Lumpengesindel der wertvollsten Elemente.

#### Die hessischen Hanseataten.

Am Sonnabend tagte in Darmstadt eine Versammlung des Hanseatbundes, in der von fortschrittlicher Seite gefragt wurde, wie sich der Hanseatbund zur Reichstagswahl in Hessen, besonders im Kreise Darmstadt-Großgerau, stellen werde, wo dem Rechtsnationalliberalen Diamann ein Fortschrittliter als Kandidat entgegengestellt werden sollte. Eine bestimmte und klare Antwort wurde nicht gegeben; nur allgemein wurde darauf verwiesen, daß die liberalen Kandidaten, "die sich dem Bunde der Landwirte verpflichtet", vom Hanseatbund bekämpft werden.

#### Süddänische Staatslotterie.

Zwischen den Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden sind Verhandlungen im Gange, um für diese drei Staaten eine gemeinsame Lotterie zu errichten. Der frühere bayrische Finanzminister v. Riedel hatte sich der Einführung einer Staatslotterie gegenüber stets ablehnend verhalten. Er gab seinerzeit im Landtag die Erklärung ab, daß ihm eine solche Geldquelle nicht lauter genug sei. Auch das Zentrum nahm damals eine ablehnende Haltung ein. Die durch die Wirtschaft im Reiche immer schwieriger gewordene Finanzwirtschaft der Einzelstaaten drängt nun mehr auch die süddänischen Staaten dazu, die Spielwelt der Bevölkerung den Einnahmen der Staaten dienstbar zu machen.

#### Finnland.

Vom neuen Landtag. Nachdem der im Herbst tagende außerordentliche Landtag aufgelöst worden, weil er sich mit den verfassungswidrigen Schriftstücken des russischen Ministerrats nicht beschäftigen wollte, haben im Anfang Januar die Neuwahlen stattgefunden. Da das proportionale Wahlsystem ziemlich zeitraubende Berechnungen erfordert, kann das endgültige Ergebnis der Wahlen erst jetzt mitgeteilt werden. Die Annahme, daß die immer wiederkehrenden Landtagsauflösungen und Neuwahlen die Wähler künstlich abtrecken und gleichzeitig machen würden, hat sich nicht bestätigt. Die letzten Wahlen bestätigen eher das Gegenteil. Gegen die 788 451 Wähler des vergangenen Jahres zeigen die letzten Wahlen 798 212

Personen, die ihre Stimmen abgegeben haben. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Stimmen nach den Parteien seit 1907, wo die Teilnahme natürlich am größten war, da damals das allgemeine Stimmrecht zum ersten Male zur Anwendung kam:

	1907	1908	1909	1910	1911
Sozialdemokraten	329 946	810 826	837 685	814 981	819 085
Altfinnen	248 573	205 892	199 920	172 587	173 186
Jungfinnen	121 604	115 201	122 770	118 586	116 027
Schwed. Volksp.	112 267	108 146	104 191	107 065	106 289
Agrar-Partei	51 248	51 756	56 948	58 981	62 849
Christliche Arbeiter	18 700	18 848	28 259	17 149	17 588
Kleine Gruppen	18 568	8 772	1 708	1 544	1 798
Ungültige Zettel	8 857	7 896	6 212	2 840	2 040
Summa	899 347	817 887	852 683	788 451	798 212

Der neue Landtag erhält fast genau dieselbe Zusammensetzung wie der aufgelöste, wie aus folgender Tabelle hervorgeht. Der Landtag besteht im ganzen aus 200 Abgeordneten.

	1907	1908	1909	1910	1911
Sozialdemokraten	80	88	84	86	87
Altfinnen	59	54	48	42	42
Jungfinnen	26	27	28	28	28
Schwedische Volkspartei	24	25	26	26	26
Agrar-Partei	9	9	14	17	16
Christliche Arbeiter	2	2	21	1	1

Die bemerkenswerteste Veränderung ist der stetige Rückgang der altfinnischen Partei und das Anwachsen der Agrarpartei. Die letzte ist jedoch in keiner Beziehung mit den Agrariern in Deutschland zu vergleichen. Sie steht in Finnland im Gegenteil den Sozialdemokraten sehr nahe. Die Anzahl weiblicher Abgeordneter betrug 1907: 19 — 1908: 25 — 1909: 21 — 1910: 17 und 1911 ebenfalls 17. Von den Wählern sind 48 bis 49 Proc. weiblichen Geschlechts. Von den jetzt gewählten weiblichen Abgeordneten gehören 11 zu den Sozialdemokraten, 1 zu den Altfinnen, 2 zu den Jungfinnen, 3 zur schwedischen Volkspartei.

#### Japan.

Die Schandtat der Machthaber vollendet. Eine Depesche aus Tokio vom 24. Januar meldet: Die wegen der Verschwörung verurteilten Anarchisten sind hingerichtet worden, darunter auch der Anführer Kotoku und seine Frau. — Damit haben sich die japanischen Barbaren würdig den Schergen des Henkerzaren an die Seite gestellt. Zwölf Todesopfer sollen das Prestige des Mikado und seiner Sippe aufrichten; zwölf Unschuldige mußten durch Henkershand sterben. Die kalte mongolische Grausamkeit dieses offiziellen Schurkenreichs muß bei allen Kulturmenschen Abneben erregen, wird aber, so hoffen wir, auch im eigenen Lande des Mikado die Empörung ausflammen lassen über das gemeine, brutale System, das Japan mit dem Strick des Henkers erdrücken will.

#### Aus Lübeck und Niedersachsen.

Mittwoch, den 25. Januar.  
Dallas, Dallas über alles! Das diesjährige Staatsbudget, das jetzt vorliegt, gestaltet sich recht ungünstig. Daselbst beschließt ab mit einem Zehnertag von 864 209,67 Mark gegen 598 441,86 Mt. im Vorjahr. Die Einnahmen werden auf 13 906 910,71 Mark, die Ausgaben auf 14 770 120,38 Mark gestiegen. In letzteren sind die Ausgaben für die Erhöhung der Beamtengehälter mit enthalten. Der Zehnertag soll gedeckt werden durch die beschlossene Gewerbesteuer, die 300.000 Mt. bringen soll, und durch einen 121/2-prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen über 1200 Mt. — Lübecker Steuerzahler, freue dich!

Voricht! Seit einiger Zeit werden an hiesige Gastkonsumenten durch Reisende einer Hamburger Firma sog. Zentralapparate (Gasparapparate) vertrieben. Die Auslieferung oder Anbringung derselben erfolgt gegen Bezahlung einer Benutzungsgebühr für drei Monate; nach Ablauf dieser Zeit müssen, sofern vier Wochen vorher eine schriftliche Kündigung seitens des Konsumenten nicht erfolgt ist, die Apparate von diesem für teures Geld käuflich erworben werden. Die Apparate sind nicht geeignet, die angepriesene große Gasersparnis herbeizuführen; vor dem Ankauf derselben wird deshalb dringend gewarnt.

Jahresbericht der Ortsverwaltung Lübeck des Verbandes deutscher Gastwirtsgesellschaften. Die Bilanz des Jahres 1910 kann für unsere Ortsverwaltung als eine zufriedenstellende bezeichnet werden. Ein noch vom vorhergehenden Jahre übernommener Antrag über ein Tarifabkommen mit dem Verein der Gastr. und Schankwirte scheiterte leider an der indifferenten Haltung der übrigen Gehilfenvereine. Dagegen konnten wie den Abschluß eines solchen Abkommens mit dem hiesigen Gewerkschaftshaus vereinbart, das in jeder Beziehung als ein mustergültiges anerkannt werden muß. Ebenso gelang es in anderen Geschäften, tarifliche Vereinbarungen zu treffen, monatlich von mindestens 10 bis 35 Mt. pro Tag. Bei Einführung des neuen Stellenvermittlungsgesetzes waren wir rechtzeitig auf dem Vorsprung und es sind dann auch in dem festgelegten Gebührentarif unsere Vorschläge fast durchweg berücksichtigt worden. In der Angelegenheit des paritätischen Arbeitsnachweises hatte unser Vertreter auf Einladung eine Besprechung mit einem städtischen Beamten, in welcher die prinzipiellen Grundlagen für eine evtl. Errichtung eines Nachweises für unser Gewerbe erörtert wurden. Es ist also zu erwarten, daß auch Lübeck in absehbarer Zeit mit einem paritätischen Arbeitsnachweis bedacht wird. Die innere Entwicklung bewegte sich in ruhigen Bahnen langsam, aber stets aufwärts. Auch war die Fluktuation auffallend gering. Die Erhöhung des Wochenbeitrages von 40 auf 50 Pfennige wurde widersprüchlich in einer gut besuchten Versammlung beschlossen und eingeführt, ohne ein wahrnehmbares Abfallen von Mitgliedern im

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 21.

Mittwoch, den 25. Januar 1911.

18. Jahrg.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“  
Berlin, den 24. Januar 1911.  
113. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Auf Bundesratsitsche: Wer muth.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichswirtschaftssteuergesetzes.

Die Beratung steht ein mit § 49, der dem Reich 50 Proz., den Bundesstaaten 10 Proz., und den Gemeinden 40 Proz. des Ertrages zusteht, wenn die Landesgefegebung nichts anderes bestimmt. §§ 49a, 49b und 50 sind mit zur Diskussion gestellt. § 49a regelt das Recht der Gemeinden, Zuflüsse zu erheben, § 49b garantiert den Gemeinden, welche vor dem 1. April 1909 eine Zuflüssteuern beschlossen hatten, deren Ertrag bis zum 1. April 1915.

Die Abg. Albrecht und Gen. (SD) beantragen, den Gemeinden 60 Proz. dem Reich nur 30 Proz. zu geben und zugleich das Reich zu verpflichten, aus seinem Anteil jährlich 6 Millionen Mark zur Kriegsveteranenfürsorge zu verwenden.

Die Abg. Müller-Hulda und Gen. (D.) beantragen, daß die Zuflüsse der Gemeinden 100 Proz. nicht übersteigen dürfen.

Ein konservativer Antrag will, daß Reichsteuer und Zufluss zusammen 80 Proz. der Wertsteigerung nicht überschreiten dürfen.

Guno (Vp.) beantragt, dem Reich 40, den Gemeinden 50 Proz. zu geben.

Die Abg. Weber (ML) und Genossen beantragen, den Bundesstaaten 2½ Proz., den Gemeinden 47½ Proz. zu geben.

Weiterdem sind mehrere redaktionelle Änderungen beantragt.

Krimhorn (D.) begründet einen Antrag, den sogenannten Festungsstädten 60 Proz. vom Ertrag der Steuer zu überweisen.

Reichsschatzsekretär Wer muth bekämpft den Antrag Krimhorn; man könne die Gemeinden nicht verhindern zu handeln. Auch die übrigen Anträge, die eine für die Gemeinden vorteilhaftere Verteilung des Ertrages wollen, seien nicht annehmbar, denn es handle sich hier in erster Linie nicht darum, den Gemeinden Vorteile zu schaffen, sondern es handle sich um das Reich. Der sozialdemokratische Antrag, die Veteranenfürsorge aus dem Ertrag der Steuer zu bestreiten, sei auch nicht empfehlenswert. Wir wossten, sagt Redner, für die Veteranen Mittel bereitzustellen, unabhängig von dieser Steuer (Bravo!); um aber die Mittel zu haben, brauchen wir diese Steuer. (Heiterkeit b. d. Soz.)

Weber (ML) bestimmt seinen Antrag, welcher den Staaten nur 2½ Proz. läßt. Die Erhebungskosten seien damit gedeckt. — Der sozialdemokratische Antrag sorge nur scheinbar für die Veteranen, denn bei einem Rückflug im Grundstücksmarkt könnte es vorkommen, daß die Steuer 6 Millionen einbringt. (Ma, na! b. d. Soz.)

Brühne (Soz.): Die Gemeinden könnten bei Einführung der Zuflüssteuern nicht wissen, daß das Reich ihnen diese Einnahmequelle wegnimmt. Deswegen ist es gerechtfertigt, die Gemeinden weitgehend zu berücksichtigen und ihnen 60 Proz. des Ertrages der Steuer zuzuteilen. Für das Reich sind 30 Proz. vollauf genügend. Hätten Sie unseren Anträgen entsprechend nicht so erhebliche Abschwächungen vorgenommen und den Ertrag der Steuer dadurch verringert, so würde das Reich bei 30 Proz. noch bedeutend mehr bekommen, als es jetzt bei 40 Proz. der von Ihnen verunsicherten Steuer bekommt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir verlangen weiter, daß für die

Veteranenfürsorge

6 Millionen aus dem Ertrag der Steuer verwendet werden. Die Regierung will den Veteranen 5 Millionen geben, aber sie will sich bei dieser Steuer darauf

nicht festlegen. Das macht uns mißtrauisch. Denn, wenn es Ihnen ernst wäre, hätten Sie schon längst bei unserem rüsiigen Militäretat diese 6 Millionen erpresst. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Abg. Weber sucht uns damit grauslich zu machen, daß die 6 Millionen möglicherweise nicht aufgebracht werden könnten. Ich halte ihm die Berechnung des Schatzkastars entgegen, wonach die Steuer 20–22½ Millionen Mark ergeben wird. Da springen die 6 Millionen für die Veteranen sehr wohl heraus. Ich bitte also um Annahme unseres Antrages. (Bravo! bei den Soz.)

Feldmann (R.): Der sozialdemokratische Antrag ist nur aus agitatorischen Gründen gestellt. Die Sozialdemokraten benutzen, genau wie im Landtag so auch hier, jedes Gesetz dazu, Zwieträcht im Volke zu säen und das Große zu zerstören, was die Veteranen zusammen mit den Hohenzollern geschaffen haben. Für einen Ehrensold aus sozialdemokratischen Händen würden sich die Veteranen bedanken. (Bravo! rechts.)

Guno (Vp.): Auf die Kriegervereinsrede des Vorredners einzugehen, lohnt sich nicht. (Sehr gut! links.) Die Gestaltung, die das Gesetz erhalten hat, läßt es sehr zweifelhaft erscheinen, ob es 20 Millionen einbringen wird. Umso weniger ist es geboten, das Reich gegenüber den Gemeinden zu bevorzugen und deshalb habe ich meinen Antrag gestellt. Den sozialdemokratischen Antrag, sechs Millionen für die Veteranen zu verwenden, halte ich für eine Verbesserung des Gesetzes und werde dafür stimmen.

Dr. Rennert (Rp.): Die Ergebnisse der Steuer sind schon durch die bisher angenommenen Abschwächungsanträge sehr heruntergedrückt. Aus diesem Grunde darf der Anteil der Bundesstaaten nicht weiter verkürzt werden. Redner befiegt die Verwirrung und Unübersichtlichkeit der Verhandlungen — man stehe bereits in der zweiten Woche der zweiten Sitzung (Heiterkeit und Sehr richtig!) — und wendet sich dann gegen den sozialdemokratischen Antrag. Redner klagt über die langen Reden der anderen Abgeordneten und hält sodann eine lange Rede über die Gefährdung des Eigentums durch die Besteuerung. Er für seine Person werde gegen alle Abschwächungsanträge stimmen.

Böhle (SD.): Unser Antrag ist das einzige Mittel, den Veteranen wirklich etwas anderes als bloße Worte zu bieten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Zentrum hat bei der ganzen Beratung, namentlich bei § 49 eine ausgesprochen stadtfeindliche Haltung eingenommen. (Sehr wahr! links.) Wir werden allen Anträgen zustimmen, die den Gemeinden einen größeren Spielraum einräumen, denn nach wie vor wünschen wir eine solche Wertzuflüssteuern, die den Gemeinden den größten Teil des Ertrages überläßt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herrn Heldmanns Rede gehörte nicht hierher, sie war nicht zur Sache gehalten, sondern eine reine Kriegervereinsrede. Er meinte, von uns Sozialdemokraten wosollen die Veteranen nichts annehmen. Herr Heldmann kann sich beruhigen. Die Veteranen nehmen unsere Hilfe gern in Anspruch, um ihre paar Pfennige zu erhalten. Wenn sie wollen, daß wir uns ernsthafte Mühe für sie geben, während es bei Herrn Heldmann und seinen Freunden sehr fraglich ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Rechte will sich ja immer von den Steuern drücken und sie ist auch schuld daran, daß die Veteranen noch immer nicht zu ihrem Recht gekommen sind. Mit Leichtigkeit hätte das Gesetz so gestaltet werden können, daß nicht 6 sondern 10 Millionen für die Veteranen herausprangen. Sie werden es aber zuwege bringen, daß für die Veteranen garnichts übrig bleibt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Giesberts (D.) befiegt die große Steuerbelastung der Industriestädte. Ihnen wolle der Antrag Weber gerecht werden, daher unterstütze er ihn.

Grzberger (D.) befiegt den sozialdemokratischen Antrag. Man sollte keine Zwecksteuern machen, auch könnte man nicht dauernd den Veteranen 6 Millionen zuweisen, da sie ja mit der Zeit aussterben.

Dr. v. Savigny (D.) tritt für Streichung des § 49a ein. Es sei nicht angängig, die Gemeinden zu berech-

tigen, irgendwelche Änderungen an einer Reichsteuer vorzunehmen.

Raab (WBg.): Es ist eine Legende, daß die Abschwächungsanträge von der Rechten ausgegangen seien. Der Abgeordnete Guno hat sich daran redlich beteiligt. Ein Reichsgesetz ist schon deshalb nötig, weil nur knapp 500 Gemeinden eine Zuflüssteuern durchlegen könnten. Dieben 500 beschränken wir allerdings etwas die Bewegungsfreiheit. Das aber bringen wir den Tausenden von anderen Gemeinden etwas. Der sozialdemokratische Antrag für die Veteranen ist nur eine Dekoration, sie wollen damit Ihre Ablehnung der ganzen Steuer herstellen, sie stimmen ja gegen jede Steuer. Selbst gegen die Schaumweinsteuer haben sie gestimmt, die heute 15 Millionen einbringt. (Beifall rechts.)

Leber (SD.): Herr Raab weiß ganz genau, warum wir gegen die Schaumweinsteuer gestimmt haben. Aber er hätte uns hier auseinanderlegen sollen, aus welchen Gründen er gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hat. (Sehr richtig! b. d. Soz. Narhe rechts.) Der Staatssekretär meinte, das Reich dürfe nicht nur so im Vorbeigehen bedacht werden. In Wirklichkeit liegt es aber so, daß viele kleine Gemeinden diese Steuer eingeführt haben, weil sie das Geld notwendig brauchten, und nun soll ihnen die Hälfte des bisherigen Ertrags genommen werden. Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. Der Abg. Grzberger sprach von den Terrainsspekulationen vieler Gemeinden. Wo wir Sozialdemokraten Einfluß haben, ist das nicht der Fall. Den Veteranen wird durch unseren Antrag eine Sicherheit gewährt, ich bitte Sie, ihn anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Unterstaatssekretärs Kühn und des Abg. Guno (Vp.) wird die Debatte geschlossen.

Die Anträge auf eine andere Verteilung des Steueraustrags werden abgelehnt und § 49 wird mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen.

§ 49 wird in der vom Zentrum beantragten Fassung mit dem Zusatz der Konservativen (Reichsteuer und Zufluss zusammen dürfen nicht über 80 Proz. der Wertsteigerung betragen) angenommen.

Die §§ 49b und 50 werden mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen.

Das Haus vertrat sich auf Mittwoch 1 Uhr (Weiterberatung, außerdem Reichsbesteuerungsgesetz und Fernsprechgebührenordnung.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz erklärt, wenn die Tagesordnung morgen nicht erledigt wird, beabsichtige er, eine Abendssitzung anzuberufen.

## Aus der Partei.

**Beschlagnahme Volksskalender.** Zu dem Städtchen Sachsen in Pommern sind von der Polizei 324 Exemplare des diesjährigen pommerschen Volksskalenders beschlagnahmt worden. Da die gleichzeitigen Belehrungen unserer Genossen beim Bürgermeister ohne Erfolg waren, so wurde Beschluß bei der Staatsanwaltschaft eingetragen. Daraufhin sind dann auch die Kalender portofrei wieder zurückgeschickt worden. — Erfolglose Nadelstichpolitik!

## Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik der Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen der Firma Schwarz in Hayna (Schl.) konnte nach neunwöchentlichem Kampf mit einem vollen Sieg der Ausständigen beendet werden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten Zulagen von 80 Pfq. bis 1,30 Mf. pro Mille, das Sortierer 10 Pfq. pro Tausend und die Wickelmacherinnen 90 Pfq. pro Woche mehr.

**Aussperrung der Kürschner in Leipzig.** Der Kampf der Kürschner in Rötha bei Leipzig um das selbstverständliche Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in ihrer Organisa-

## Burg Plümmeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(48. Fortsetzung.)

Als die Beschwörung beendet war, machten sich die bienten Brüder Schatzräuber, beim Scheine einiger Baternen, fleißig ans Fortschaffen der Steine und ans Aufgraben der Erde. Die Honoratioren dagegen lagen sich in einer nahen Vertiefung hinter einigen mächtigen Buchen, machten ein lustiges Feuer an und begannen die mitgebrachten Oktober ihres Inhalts an Preßköpfen, Spickgänzen, Mettwürsten und Gierküchen zu entleeren. Herr Lüttinäus, der in solchen Dingen eine anerkannte Meisterschaft besaß, braute einen herrlichen Buntsud und der Oberinspektor ein Getränk, welches er russischen Wutt nante. Eine Lust wars anzusehen, mit welcher Verhinderung die beiden alten, wohlbeleibten Herren die verschiedenen Manipulationen, welche die Bereitung der Getränke erfordereten, zur Ausführung brachten. Nachdem die leiblichen Bedürfnisse vorsichtigst befriedigt waren, legten sich der Oberinspektor und Emil zum Schußendeschäg; Herr Stühling aber, von ihnen dazu aufgefordert, sang;

„s war Mitternacht, der Mond schien hell,  
Und leise zog die Meereswell;  
Am Strand ritt, ohn' Begleiter,  
Langsam ein junger Reiter.“

Es sprach für sich der Reitersmann:  
Den letzten Nachtritt hab getan,  
Verflucht, daß ich gezogen  
Bin der, die mich betrogen!

O weh! o weh! ich trag es nicht,  
Ich trag es nie und nimmer nicht!  
Um solches Huben halber!  
Vorwärts! vorwärts! Du Falter.“

Das Rohr es knirschte in den Baum,  
Vorüber flogen Fels und Baum.  
Was lag dort unter der Wette?  
Ein Magdlein im feuchten Kleide.

Gieb Reitersmann, was hast für Hass?  
Halt an dein Rohr und sei mein Gast;  
Die Nacht ist laut und unde,  
Es schlafen alle Winde.

Und jagt du, bis dein Rößlein bricht,  
Dem Kummer dein entreichst du nicht,  
Doch meinem Herzen und Rüssen,  
Dem wird er weichen müssen.

Ich singe süß, ich plaud're sach;  
Mein Arm ist voll, mein Buben lacht;  
Bin Jungfrau frisch und reine;  
Sei mein, ich bin die deine!

Die Nacht verging, der Vollmond sank;  
Am Tore scharrt der Falbe bang.  
— Wo blieb der junge Reiter?  
— Kein Auge sah ihn weiter.

Meine Herren!“ sagte der Onkel, nachdem das Lied geendet hatte, „wahrhaftig, meine Herren, ich mag niemandem zu nahe reden und niemanden fächieren, aber ich meine, daß dies kein Lied ist, was bei einer solchen Gelegenheit gelungen werden sollte. Ich bin, wie Sie dies ja alle wissen, meine Herren, ein alter Mann, aber ich halte auch noch etwas auf mein altes Christentum. Ich kann daher solche Lieder von Verzauberten und Wasserfengern gar nicht ausstehen. Und namentlich, wenn man einem solchen ernsten Werk obliegt, wie das uns serig hier ist. Nein, Herr Stühling, bei mir heißt's: Alles in Christi Namen. Das ist mein Altvater und mein Onkel. Das mögen sehr altrömische Ansichten sein, aber ich bleibe dabei stehen, daß das, was nicht auf Gottes Wort gebaut ist, nur auf eitel Sand steht. Ich hasse alles, was nur nach Abgötterei riecht, und ehe ich zum Beispiel, auf eine unchristliche Weise bei Einsiegung einer Schatzgrube verfüre und nur so holterdepotler darauf losrampte, ehe ich zum Beispiel, meinen Mund mit dem swerin, swerin, besleckte und das mit dem schwarzen Hahn und dem Bockblute töte und den Wode anziehe, — nein, nein, psui! — Nun, es ist auch denen nicht zu einem Segen, die solches tun.“

Wie ist denn das mit dem Hahn, Onkel?“ fragte Emil.

„Ah was! Es ist Greuel des Heidentums. Ein Hexenkram, Gläsern, und weiter nichts.“

Der Onkel hat recht!“ sagte Herr Lüttinäus. „solche Lieder müssen bei Religionsfesten nicht gesungen werden. Gott, der Teufel hat doch andere Lieder genug! Aber die jungen studierten Landleute in gelben Handschuhen, die wollen alles besser wissen. Onkel, als wir alten Leute, in unserer Jugend, da war ein Inspektor noch ein Kerl auf

dem Platz. Zu Bett gingen wir nichts gar nicht. Des Tages über ging's mit dem Sägetuch über die Schultern und unter zwei Schäffel große Maas Roggen, oder drei Schäffel Sonnenkorn nahmen wir niemals zur Zeit ins Tuch. Nachts mußte ich in Roggen die Fäulen häuten, und mein Schlafen machte ich beim Mittagbrot und Frühstückessen ab. Jetzt ist aber gar keine Courage mehr in der Jugend. Als ich ein junger Kerl war, da stieg ich mit acht Schäffel Roggen eine steile Treppe hinauf, wie ein Lied so gerade. Mein spanisch Rohr sah ich daran, daß es wahr ist. Können Sie auch acht Schäffel Roggen so tragen, Herr Stühling? Das lernt man wohl auf den studierten landwirtschaftlichen Schulen nicht? He? Hol die Pest, die gelehrt Landwirte!“

„Acht Schäffel Roggen, daß Du nur tragen können?“ sagte der Oberinspektor. „Düseler, das ist ja gar nichts. In Rötha wohnte früher ein Müller, der nahm unter seinem Arm einen Sechsschüssel sack und ging damit so steil weg, als ein anderer Mensch mit einem Handschuh.“

„Und ich habe einmal in Rostock sechzehn Schäffel zwei Tropfen hinauf getragen!“ sagte Herr Lüttinäus und stellte sein spanisch Rohr mit Macht gegen einen Buchenstamm.

„Das geht schon eher,“ meinte der Oberinspektor, aber zum Diktum ist's doch noch nicht. Kennst ja auch wohl. Düseler, den dienen Bade, der zu Rötha wohnt? Den habe ich erzählen hören, daß er als junger Mensch einst 24 Schäffel Gerste nach dem obersten Boden von Brodelmanns Speicher in Rostock getragen habe, und daß er dabei sich den Drossauermarsch gepfiffen. Das lag ich schon für ein Mannstück passieren.“

„Nun,“ sagte Herr Lüttinäus, „menschliche Gaben sind unterschiedlich. Und gelogen. Oberinspektor, wird unterschätzt, und hauptfurchtlich, wenn von Kräften die Rede ist. Aber wenn ein rechtschaffener Mann, der durch alle Stürme seines Lebens sich nichts weiter gerettet hat, als ein echtes spanisches Rohr und seine silbernen Sporen und sein Peitschendopp und vor allen Dingen meine Herren, seinen ehrlichen, unbedeckten Namen, wenn ein solcher Blau-Zahn sagt, dies und das habe ich getan, dann kann Sie es ihm auf sein ehrliches Wort glauben. Unterlassend Millionen von böllischen Tropfen sollen mir die Leber ausspielen, wenn ich Ihnen eine Unwahrheit erzähle. Besser Peitsch hast Du gekannt, Oberinspektor, und Brandweins-Kulom kannst Du und Karl Wien von Bellin kennst. Du ja auch wohl? Das waren alle drei in Ihren jungen Jahren, forschte Kerle. Ich war einmal mit allen dreien — wir waren alle damals Reisende — in Grabow. (Werdegang folgt.)

Von hat nunmehr zu einem verächtlichen Missgriff des Unternehmertums geführt. Der Verband der Kaufwarenuntersuchungen und der Arbeitgeber Deutschlands will die Arbeiterschaft mit allen Mitteln seinem Willen gefügig machen und hat deshalb Dienstag früh über sämtliche in Leipzig und Altenburg arbeitenden Kutschner und Hufschmiede die Auspaltung verhängt. Damit liegen die Kutschner und Hufschmiede und arbeiterinnen in Leipzig-Lindenau, Markranstädt, Rötha und Schleiz auf der Straße, etwa 1800 bis 1800 Personen. Die Auspaltung ist erfolgt, trotzdem in dem noch geltenden Tarifvertrag bei Entlassungen eine 14-tägige Kündigung vorgesehen ist. Es gewinnt den Anschein, als ob sich der Kampf gegen den Tarifvertrag überhaupt richtet. Natürlich werden sich die Arbeiter beim Diktum der Unternehmer nicht stören und sind bereit, den Kampf mit allen Mitteln bis zu Ende durchzuhalten. — Zugang ist fernzuhalten.

**Lithographenstreik in Leipzig.** Am 20. Januar entschied sich eine von 450 Lithographen besuchte Versammlung für den Aussstand in den Privatbetrieben, die die Verbesserung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht anerkennen. Die Kündigung wurde darauf am 21. Januar eingereicht, bzw. die Arbeit niedergelegt. Soweit sich leicht übersehen lässt, haben sich auch die unorganisierten gleichförmigen Bewegung angeschlossen. Am 26. Werktagen der Privatlithographen sind die Lohnverhältnisse geregelt, wodurch eine ganze Anzahl Arbeiter nicht an dem Konflikt beteiligt ist. Immerhin müssen noch 70 Werkstätten der Privatlithographen gesperrt oder betreut werden. Da in Leipzig Arbeit für die halbe Welt gemacht wird, werden die Lithographen aufgesperrt. Leipziger Arbeiten nur nach genauerer Erfundung bei der Organisation als einmandfrei zu behandeln. Da weiterhin noch nicht zu ermessen ist, welche Kreise die Bewegung ziehen wird, muss Leipzig bis zur Beendigung der Bewegung gemieden werden.

**Achtung, Fabrikshämmacher!** Bei der Firma Gebr. Hoffmann in Arnstadt (Schwarzburg-Sondershausen) haben die Stanzer und Zuschneider wegen verweigter Lohnerhöhung ihre Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

**In der Schuhfabrik Götz und Fischer in Großsch (Sachsen)** haben 180 Arbeiter und Arbeiterinnen am 21. d. Mts. wegen Lohndifferenzen die Kündigung eingereicht. Verhandlungen sollen auf Vorschlag der Arbeiter am 26. Januar fortgesetzt werden. Von der Haltung des Firmeninhabers wird es abhängig sein, ob eine Arbeitsniederlegung erfolgt oder nicht. In der alten Schuhindustriestadt Großsch werden mit die schlechtesten Löhne gezahlt. Die Unternehmer können also nicht den Einwand erheben, daß eine Lohnerhöhung sie konkurrenzfähig machen würde. Arbeitssuchende werden darauf aufmerksam gemacht, Arbeit bei dieser Firma nicht anzunehmen.

**Spielerarbeit?** Seit geraumer Zeit befandete die Polizei in Langenmünde (Altmark) ein ganz besonderes Interesse für die Arbeiterbewegung. Sie überwacht Gewerkschaftsversammlungen, stellt Recherchen über Theatervorführungen an, die von den Gewerkschaften veranstaltet wurden und lässt selbst durch Polizeibeamte Schul Kinder in der Schule über die Theatervorführungen aussagen. Lehrlinge, die die Vorstellungen besucht hatten, wurde von ihren Lehrherren angedroht, sie würden vor Gericht kommen, und gegen sie werde die Brüderstraße Anwendung finden, wenn sie nicht die Wahrheit sagen würden. Dieser Tage fand nun auch eine vom Fabrikarbeiterverband einberufenen Betriebsversammlung statt, zu der wieder zwei Beamte zur Überwachung erschienen waren. Sie gingen auch nicht, als die Versammlung zur Erledigung ganz interner Angelegenheiten in ein kleineres Vereinszimmer verlegt wurde. Als der Versammlungsleiter eine kleine Pause eintreten ließ, stieg plötzlich ein größerer Stein durch das Fenster in den Versammlungsraum direkt an den Köpfen der Polizeibeamten vorbei. Es erscheint ausgeschlossen, daß organisierte Arbeiter etwas mit diesem Steinwurf zu tun haben. Recht kennzeichnend ist es, daß von einer Untersuchung der Ungelegenheit bisher nichts bekannt geworden ist!

**Christlicher Briefschwindel.** Bei der Knappichsfeststellungswahl im Herbst vergangenen Jahres versuchten die Christlichen mit einem Brief eines "Genossen Heinrich" Wahlmode zu treiben. Der "Bergknopf" brachte den mit "Dein Freund Heinrich" unterschriebenen Brief sogar in Familien zum Abdruck mit der Bemerkung: Der Brief spräche für sich selbst. Zur Erinnerung an diese Sache, die damals ziemlich Staub aufwirbelte, sei noch angeführt, daß in dem Briefe, der die Freude "Lieber Freund und Genosse" trug, geschrieben stand:

Die Sache mit Behrens halte ich für verschlissen. Du weißt, ich hasse das Persönliche, laßt es lieber, die Sache mit Eßert ist besser, die klingt auch viel glaubhafter. Aber erst 1-2 Tage vor der Wahl, eher darfst du das Flugblatt nicht herausgeben und verteilen. Allzuviel Rücksicht verspreche ich mir auch nicht davon. Das hat das Brühl-Flugblatt verdorben. Du hast ihr eine Dummkopf mit begangen. Jungs, Jungs, wenn das alles mal herauftaucht. Wingt euch nur nicht in Sicherheit. Auf das Ehrenwort dieser Kerle gebe ich nichts und dann diese furchterliche Blamage. Ich wage garnicht darüber zu denken.

Bei der christlichen Gewerkeinstellung wurde damals als Führer des alten Verbandes gemeinhin als Verfasser des Briefes verdächtigt. Der Vorstand des alten Verbandes bemüht sich, Ausklärung in die Sache zu bringen. Ergebnis rief er die Hilfe der christlichen Gewerkeinstellung an. Als dann der Angestellte des alten Verbandes, Genosse Auf der Straße, als Verfasser verdächtigt wurde, war endlich die Möglichkeit geboten, auf dem Prozeßweg Richt in diese mögliche Klage zu bringen. Der alte Verband vermutete mit gutem Recht einen christlichen Gewerkschaftsführer hinter diesem Briefschwindel und gründete nach dem Urteil eines Schreibsachverständigen auch den Verfasser des Briefes zu kennen. In dieser Sache fand nun die erste Gerichtsverhandlung statt. Die Bekleidungsklage, die Genosse Auf der Straße angestrengt hatte, kam zuerst zur Verhandlung. Schließlich wurden beide Zeugen verfragt. Es sollen die an Gerichtsstelle abgegebenen Schriftstücke der christlichen Führer Bagelmaier und Häuslers und die des Genossen Auf der Straße dem Schreibsachverständigen Dr. Voigt zur Prüfung vorgelegt werden. Der Vorsteher des Gerichts erklärte, daß die Schrift des "Heinrichsbrieves" der Vogelsangs allerdings sehr ähnlich sehe.

**Auskunft des Theaterpersonals in Wien.** Zwischen der Organisation des Wiener Bühnenpersonals und jener der Wiener Theaterdirektoren, die im "Direktorenverband" organisiert sind, ist ein Konflikt ausgebrochen, der sich nicht nur auf Gehaltsforderungen, sondern um die Frage der Interessenlage der Organisation und damit auch der Städtevertretung dreht. Der Kampf ist in letzter Zeit ein Werk des Reiches Kaiser vom Nationaltheater, der den Organisator unter den Direktoren spielt. Schon seit längerer Zeit führen die Wiener Musiker einen harten Kampf gegenwärtig. Die Musiker gehören zum Teil der Union der Bühnenpersonale, zum Teil dem Musikerverband und der Bühnenverein, der die Organisation der Schauspieler darstellen soll, eingemischt. Der Di-

rektorenverband hat sich auf Seiten des Musikerverbandes gestellt, ebenso der Bühnenverein, und alle diese drei Kätothen wollen, daß die der Union der Bühnenpersonalen angehörenden Musiker, die Mitglieder des in der Union aufgegangenen Musikerbundes waren, in den Theatern nicht weiter beschäftigt werden. Die Haltung, die der Ausdruck der stärksten Feindseligkeit ist, forderte natürlich alle Mitglieder der Union, die Musiker und ebenso das technische Personal, zur schärfsten Abwehr heraus. Die Union konnte es sich nicht leisten lassen, daß die Musiker, die ihre Mitglieder sind, zur Brotofokalität verurteilt werden, weil einige Direktoren nur den Musikerverband als die Organisation anerkennen wollen, mit deren Mitgliedern sie Verträge für die kommende Saison schließen. Das hat nun dazu geführt, daß am Sonnabend in den Theatern, deren Direktoren die Union der Bühnenpersonale nicht ebenfalls als Musikerorganisation anerkennen, ein Kampf ausgebrochen ist. Am Theater an der Wien, im Casino und Theater und im Apollo-Theater wurden die der Union angehörigen Bühnenarbeiter und Musiker ausgeworfen, worauf die der Union der Bühnenpersonale angehörten Musiker und Theaterarbeiter der Bühnen, die die Union nicht anerkannt haben, in den Streik traten. Es sind dies das Carl-Theater, das Josephstädter Theater und das Lustspiel-Theater. An diesen sechs Bühnen tobte nun der Kampf. Während der Vorstellungen erlebte der Musikerverband die ausgesperrten und streikenden Musiker, während das fehlende technische Personal hauptsächlich durch Feuerwehrleute ersetzt wurde. — In einigen blutigen Blättern wird die Lage so dargestellt, als hätte die Union verlangt, daß der Musikerverband von den Direktoren nicht anerkannt werde; dem widerspricht die Erklärung, die die Union von den Direktoren verlangt hat. Sie lautet: 1. Die Direktion erklärt, die Union der Bühnenpersonale Österreichs samt ihren Sektionen: Musiker, Abteilungsvorständen und technischen Bühnenpersonalen anzuerkennen. 2. Die Zentralstellenvermittlung des Verbandes der Sektion Musiker mindestens ebenso in Anspruch zu nehmen, wie bisher die Stellenvermittlung des Musikerbundes in Anspruch genommen wurde. 3. Wegen dieser Forderungen kein Mitglied des Verbandes Union der Bühnenpersonale, Sektion Musiker, Abteilungsvorstände, technisches Bühnenpersonal, zu maßregeln oder zu entlassen.

## AUS NAH UND FERN.

**Explosion.** In einer Maschinenfabrik und Eisengießerei in Königsberg i. Pr. erfolgte Dienstag mittag beim Ausprobieren eines neuen Motors auf bisher unaufgeklärte Weise eine Explosion. Der Buchhalter wurde schwer, der Inhaber und ein Monteur wurden leichter verbrannt.

**Bluttat.** Am Verlauf einer Streitigkeit gab ein Mann nachts auf offener Straße in Königsmünde einen Messerstich. Drei Personen wurden schwer verletzt. Der Täter verschwand in den Anlagen.

**Butterproben mit der Saarnadel!** Der Gemeindevorstand in Polda hat folgende zeitgemäße Bekanntmachung erlassen: Auf den hiesigen Wochenmärkten pflegen viele Käuferrinnen von der zu Märkte gebrachten Butter kleine Stückchen mit unreinen Gegenständen, z. B. mit eben gebrochenen, nicht wieder gereinigten Messern, mit Saarnadeln (!), die oft erst zu diesem Zwecke aus dem Kopfhaar gezogen werden, mit den Fingerknöpfen (!) usw. als Probe zu entnehmen, und zwar geschieht dies oft durch eine größere Anzahl von Käuferinnen an denselben Butterstückchen. Dieses Verfahren ist ekelhaft und kann zur Verbreitung von Krankheiten beitragen. Deshalb wird die Entnahme von Proben von der auf den Wochenmärkten feilgehaltenen Butter mit unreinen oder ekelhaften Gegenständen bei Strafe bis zu 10 Mark für jeden Zwiderhandlungsfall verboten.

**Militarisches und Kleinbauer.** Wie das System des Militarismus vernichtet auf den kleinbäuerlichen Betrieb zu wirken vermögt, zeigt folgendes Beispiel: In einer kleinen Odenthalgemeinde wurde im Herbst 1909 ein Landwirt zu einem Karlsruher Regiment eingezogen. Seine Eltern waren alte, gebrechliche Leute, seine Geschwister teils verheiratet, zwei in der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch untergebracht, teils ledig, aber alle in Situationen, daß sie für sich allein genug zu tun haben. Der Vater, ein Krieger von 1870/71, als Postwart angestellt und infolge eines Schusses nicht mehr arbeitsfähig, behielt außer seinem beledigenden Einkommen noch einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb. Alles in allem ein Besitz von etwa 8000 M. Wert, wovon noch 2500 Mark Schulden abgehen. Die Mutter hat ein ärztliches Attest des Bezirksarztes, daß sie 60-70 Prozent erwerbsunfähig sei. Die Leutden reklamieren im letzten Sommer ihren Sohn, und das Gesetz wurde von der Gemeindebehörde unterstützt mit der Begründung, daß der Sohn nicht heimkomme, das Bauerntum nicht mehr betrieben werden könne und weil nur durch die Entlassung des Reklamanten die Eleganz erhalten werden könnten. Unterm 31. August 1910 lebte der Zivilvorsitzende der Erholungsmission die Entlassung ab, ebenso der Bezirkskommandeur, weil nach ihrer Ansicht ein anderer Sohn ihm könnte, um die Eltern zu unterstützen. Dieser tut das aber nicht, da er angibt, er möchte heiraten und müsse jetzt für sich sorgen. Am 22. September erfolgt ein nochmaliges Gesuch. Diesmal wird dasselbe durch die weiteren Instanzen aus Billigkeitsgründen bestwettet und geht so weiter bis ans preußische Kriegsministerium. Unterm 7. November antwortet dieses und ein paar Tage später das bairische Ministerium des Innern.

Im Hinblick auf die beiden ledigen und unterstüzungspflichtigen Söhne Georg und Karl, die an der Erhaltung des Besitzes Interesse haben, vermögen wir Billigkeitsgründe nicht anzuerkennen. Das der Sohn Georg demnächst zu heiraten bestätigt, kann als Reklamationsgrund nicht angegeben werden.

Rechte n. Crane. v. Bodman. — Da mittlerweile der Vater gestorben war, so reichte die Mutter im Dezember ein neues Gesuch an den Großherzog ein, dem der Entscheid folgte, daß es mit der Gewährung des Gesuchs sei. Beweisen haben müssen. Recht liegt die alte Frau stark im Bett; fast alles Biss hat bereits verkaut werden müssen und bis zum nächsten Herbst der Sohn freikommt, wird das bisher Hab und Gut ganz zum Teufel sein. Der Sohn aber muß in Karlsruhe Parademarsch üben und bei der kommenden Kaisergeburtstagfeier den hofflichen deutschen Militarismus hochleben lassen!

Das Vorgehen gegen diese Kleinbauern erhebt noch in einem ganz besonderen Lichte, wenn man bedenkt, daß in Thüringen die Söhne selbst wohlhabender Agrarier seit einstundlos vom Militardienst befreit werden.

Meine Arbeitsschule — weniger Menschenopfer. Ein

in Magdeburg ereignet. Bei dem Unglück sind 20 Personen verletzt worden, davon lieben schwer. Ein Arbeiter, der vor einigen Jahren bei einem ähnlichen Brandungskampf einen Arm verlor, wird auch der amelte abgenommen werden müssen. Außerdem wurde ihm das rechte Auge herausgerissen. Das Unglück wurde heraufbeschworen durch das Einlösen der Versandkosten. Die Arbeiter behaupten, daß das hierzu verwendete Metall zu schwach gewesen sei, so daß der Löthammer daselbe durchbrannte. Das Unglück wurde dadurch besonders groß, daß die Räume in einem Raum verloren wurden; über dem sich fünf Wohnungen befinden. Durch die Explosion des Zelluloids, die in einem Bartenzimmer erfolgte, flog die Decke, sowie auch das Dach des weitläufigen Hauses in die Luft und die verletzten Personen wurden teilweise durch die Fenster und Türen ins Freie geschleudert. Durch das direkt angrenzende Zelluloidlager erlebte das Feuer reiche Nahrung, so daß eine Reihe weiterer Personen in Gefahr geriet. Schon vor einiger Zeit hat der Holzarbeiterverband in Gemeinschaft mit den übrigen Verbänden, zu denen die Zelluloidarbeiter ihrer Berufstätigkeit nachgehören, sich in einer Petition an die Reichsregierung wie auch an den Reichstag gewendet, um einen größeren Schutz gegen die Feuergefahr in den Zelluloidfabriken zu erreichen. Insbesondere wurde in der Petition verlangt, daß die Räume, in denen Zelluloid verarbeitet oder aufbewahrt wird, von den Wohnräumen isoliert werden sollen. In die gesetzgebenden Körperstaaten muß aus Anlaß dieses Falles mit aller Energie die Förderung gestellt werden, daß die Verarbeitung und Aufbewahrung von Zelluloid in besonders dazu hergerichteten Räumen geschlecht und die Schutzaufrichtungen für Leben und Gesundheit der Arbeiter verschärft werden.

**Unglücklicher Schuß.** In Marienburg (Ostpreußen) schoss ein Junge auf einen Matrosen eines dort liegenden Schiffes. Der Matrose wurde schwer verletzt, daß er bewußtlos ins Wasser stürzte. Er mußte sofort ins Hospital geschafft werden.

**Schiffungslück.** Am Morgen des 24. Januar wurde bei Dünkirchen ein Segelfahrzeug aus Gravelingen von dem deutschen Dampfer "Mottka" angerammt und ist gesunken. Die Besatzung wurde gerettet und nach Dünkirchen gebracht.

**Ertrunken.** Bei Honselersdorf (Haan) ertranken zwei ältere Frauen und ein junges Mädchen, die Tochter der einen Frau, auf dem Nachhauseweg im Dunkeln. Sie hatten den Weg verloren und sind vermutlich bei den Versuchen, sich gegenseitig zu retten, umgekommen.

**Explosion in einem Moskauer Restaurant.** Im Restaurant "La Croisine" ereignete sich eine Benzinpipeline, die verantw. höchstens war, daß alle Gegenstände, die sich im Speiseraum des Restaurants befanden, auf die Straße geworfen wurden. Mehrere anwesende Gäste wurden in entschärf. Weise verstümmt. Ihre Gesichter sehen verzerrt aus, bei vielen sind die Augen ausgestoßen. Die Zahl der Opfer ist noch nicht festgestellt. Von siebzehn im Hospital eingelieferten Verletzten sind drei gestorben.

**Die chinesische Pestgefahr.** Die Pest breite sich in der Mandchurie immer weiter aus. Die Seuche hat alle Vorstädte von Charbin erfaßt. Im Chinesenviertel von Charbin sterben täglich an die dreihundert Menschen. Die Russen beginnen aus Charbin zu fliehen. In den Bahnhöfen sind bereits mehrfach Erkrankungen vorgekommen. In Peking schenken sich täglich etwa hundert Erkrankungen. Die Erkrankungen nehmen in Mukden und Girin in unheimlicher Weise zu. In Charbin traten die Arbeiter der manchurischen Bahn in den Streit, nachdem ihre Bitte, sie von den chinesischen Arbeitern zu isolieren, die sie mit der Pest infizieren, nicht beachtet worden ist. Der russische Gesandte in Peking hat der chinesischen Regierung erneut Vorstellungen über die ungenügenden Maßregeln gegen die Pest in der Mandchurie gemacht. Wie in Petersburg verlautet, beabsichtigen die Vertreter der Mächte in Peking, Bedingungen für die Quarantäne auszuarbeiten. Gegenwärtig finden Verhandlungen über diesen Punkt statt.

## LITERARISCHES.

**Grundbegriffe der Chemie.** Eine Einführung in die Lehre von den Nichtmetallen von Dr. Werner. Verlag: H. C. L. Leipzig, Verlag von Theodor Thomas. Preis 1 Mk. eleg. geb. 1,60 Mk. (für Mitglieder der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft gratis).

Das vorliegende Buch bildet die zweite Nachdruckausgabe zum 2. Jahrgang der von der D. R. Ge. herausgegebenen Zeitschrift "Natur". Der Aufgabe dieser Gesellschaft, den Laien mit den Ergebnissen und Fortschritten der Naturwissenschaften vertraut zu machen, dient auch diese Schrift, welche eine Einführung in die Chemie darstellt und die allgemeinen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt. Der Verfasser behandelt den Stoff in folgenden Kapiteln: "Luft und Wasser", "Sauerstoff und Wasserstoff", "Der Kochsalz, die Salzsäure und die Halogene", "Der Schwefel", "Der Stickstoff und seine Bedeutung" und "Das Chlor". Ferner ist dem Buch noch eine internationale Atomgewichtstabellen 1911 und eine kleine Liste anderer Werke, die zum weiteren Studium geeignet sind, beigegeben. Auch eine Beschreibung einzelner Versuche ist in dem Werk aufgenommen und nach Möglichkeit so gehalten, daß die Experimente von geschickteren Lesern nachgemacht werden können. Zahlreiche Abbildungen illustrieren den allgemein verständlich geschriebenen Text, der jedem Naturfreund Belehrung und Anregung bietet.

**Der neue Band der Zeitschrift "In Freien Stunden".** (Verlag: Buchhandlung Böwker's, Berlin SW. 63) ist zur Ausgabe gelangt. Diese Aufwidigung genügt, um stets die Verwaltung dieser Arbeiterbibliotheken zu veranlassen, denselben bei ihrem Buchhändler zu beziehen. Die Statistik einiger Bibliotheken ergibt denn auch, daß die Halbjahrsbände der Zeitschrift "In Freien Stunden" zu den gelesenen Büchern gehören. Der Inhalt des neuen Bandes ist reichhaltig, daß auch dieser gern gelesen werden wird, und ist die Nachfrage auch Privatpersonen durchaus zu empfehlen. Wir erwähnen: "Der tote Faun", Roman von Th. H. Hall-Caine. (Autorisierte Übersetzung ins Deutsche von H. Herzig.) — "Eigene Freiheit", Roman von H. G. Jacob. — "Der schwarze Kater", Humoreske von Robert Henrion. (Autorisierte Übersetzung von Robert Henrion.) — "Der schwarze Kater", Humoreske von W. W. Jacobs. — "Der schwarze Kater", Roman von Wilhelm Hauff. — Der Preis für den 60 Seiten starken Leinenband beträgt 3,50 Mk. Halbfanz 4,50 Mk. Zu bezahlen durch alle Buchhandlungen.

**Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.** Verleger: Th. Schröder, Dr. Friedr. Meyer & Co. Samtlich in Lübeck.

Aus den Dichtblätter.

**Der 18. Januar** im **Gästernhof**. Der „Gimpfchismus“ bringt folgende Notiz „vom Tage“: Hauptmann X. sieht mit seinem Zeichnabeel, der das bekannte unniöse Buch in der Hand hält, vor seiner Kompanie um die Zente, laut Regimentsbefehl, auf die Gedrung des Tages für das Regiment hinzuweisen.

Eine Feuilleton.

Die Deutsche Handelsmarine.	Unter den deutschen Schiffahrtsgesellschaften befinden sich die größten Reedereien der Welt. Die Hamburg Amerikalinie und der Norddeutsche Lloyd in Bremen liegen, das der Linse des ihrer geschäftlichen Unternehmungen bestimmt, an der Spitze aller Reedereien. Die Hamburg Amerikalinie ist zu dem, daß sie erste Erfahrungen geweicht, das erobert hatte, einen regelmäßigen Passagier- und Frachtdienst, der Linse ihrer geschäftlichen Unternehmungen bezeichnet. Das Unternehmen dieses Reederunternehmens beschäftigt 125 Millionen Mark. Daneben steht der Norddeutsche Lloyd mit ebenfalls 125 Millionen Mark. Ein eben für Ende vergangenen Jahr 1910 hat sich der Schiffbau auf 1.610.000 Bruttotonnen Schiffsgesellschaften wieder um ein Dutzend vermehrt. Sie im Vorjahr, so steht nach den neuesten Veröffentlichungen, der Deutschen nautischen Reederei "Südost" auch jetzt wieder die Hamburg Amerikanische Linie weitauß an. Der Spieß aller deutschen Reedereien. Sie trat mit einem Dampfer unter dem Namen "Draugnechalle" von 910 125 Bruttotonnen in das Jahr 1910. Auf einem Schiff bestandene Kapazität verneigte sich der Weltkrieg auf 388 Schiffe mit einem Vermögen von 1.021.963 Registertonnen. In einem beträchtlichen Abstande steht außer Stelle der Norddeutsche Reederei. Ende 1909 besaß er 425 Schiffe mit einem Vermögen von 742.548 Registertonnen; Ende 1910 stellte sie ihr Schiffbestand auf 425 Schiffe mit 765.060 Registertonnen aus. Damit gehörte sie zu den Gründgebern ihrer Schiffe nach Steyr die deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft "Dania" in Bremen an. Sie wurde 1881 gegründet und besitzt heute die Reederei 25 Millionen Mark. Ihr Schiffbestand in Zentesimalen von 250 000 Registertonnen stand am Ende des Jahres 1910 auf 52 Fahrzeuge mit 249.767 Bruttotonnen, Ende 1910 auf 54 Schiffe mit 268.498 Registertonnen. Später die Hamburg Amerikalinie kam eingeholt. Ihre Gründung fiel in das Jahr 1871 und ihr Kapital beträgt 15 Millionen Registertonnen. Ende 1910 trat sie mit einem Schiff bestehende Gesellschaft. Ihre Gründung fiel in das Jahr 1908. Das Schiff bestehende Gesellschaft. Ende 1909 mit 196.784 Registertonnen stand ein Schiff bestehende Gesellschaft. Sich auf 102 Schiffe bestehende Gesellschaft am Ende des Jahres 1910 zur Verfügung. Um Herkunft der Zahl auf 42: es verneigte sich jedoch der Gründungszeit der Gesellschaft auf 200 182 Registertonnen. In den folgenden Jahren bestehende Gesellschaften standen ein. Stammgeschäft von weniger als 200 000 Registertonnen am Ende des Jahres 1910 zur Verfügung. Im Herkunftsland der Gesellschaft auf 42: es verneigte sich jedoch der Gründungszeit der Gesellschaft auf 200 182 Registertonnen. In den folgenden Jahren bestehende Gesellschaften standen ein. Stammgeschäft von 216 Schiffe für 1908/09 bestand 1909/10. Das dividenbedürftige Vermögen dieser Unternehmungen belief sich 1908/09 auf 481.612.000 Mark. und 1909/10 auf 481.477.000 Mark. Das Verhältnis des Dividenden zu 1908/09 bestand 1909/10 auf 7.556.000 Mark. und 1910/11 auf 11.700.000 Mark. Verfügung. Die Dividendenleistungsfähigkeit dieser Unternehmungen belief sich 1908/09 auf 3.6 Proz. im Jahre 1909/10 gegen 1.5 Proz. in 1908/09. Das Wettcapital, die zur Versicherung gehörigen Dibildenden in 1000 Mark. und die Dividendenleistungsfähigkeit dieser Unternehmungen des Schiffahrtsgewerbes wie folgt:	Name der Gesellschaft:	in M. Regist.	1000 M. Regist. in
Hamburg Amerikalinie	1600 M.	08/09 09/10	08/09 09/10	
Norddeutsche Lloyd	125 000	— 7.500	0	
Daniamarina	125 000	— 0	0	
Deutsch-Australische Dampfschiffahrtsgesellschaft	25 000	1.500 2.500	0 10	
Daniamarina Dampfschiffahrtsgesellschaft	15 000	0	0	
Daniamarina Dampfschiffahrtsgesellschaft	600 1.200	1.120 1.120	7 7	
Daniamarina Dampfschiffahrtsgesellschaft	600 1.200	0	4 4	

Die gesamte heutige Geflotte der Handels- und記事en stellte sich am 1. Januar 1910 auf 4658 Schiffe mit einem Bruttogehalt von 4.430.227 Bruttoregistertonnen. Am Säkro vorher waren zum gleichen Zeitpunkt 4.640 Schiffe mit 4.386.067 Bruttoregistertonnen vorhanden. 1909 hat sich also der Bestand an deutischen Schiffen der Handelsmarine um 18 Schiffe mit einem Bruttoraumgehalt von 74.160 Sonnen vermehrt.

16

Urfreigabe zu bringt. Ob Mann, ob Weib, freieße Geburts-  
eröffnung für jede Sperrfrist mit die Söfling! Sin der  
abgetrennten Frucht hat dicker Gedanke am ehesten und stärksten  
gefaßt. Es war eine Lebensfrage für sie. Der immer  
einfacher gewordene Klassenkampf, die brennendste Sache, nicht als willkürloses Ge-

卷之三

„Es trat eine Pause ein. Der Kreisföhlinspektor stand auf und ging erneut aus einer Ecke in die andere. „Na, ich weiß wahrhaftig nicht, was ich mit Ihnen antun kann!“ sagte er. „Zehrer können Sie nichtbleiben. Sagen Ihnen berechtigt sind Sie noch nicht.“ „Sie der Wissens des Reichs als zu überlassen ist andererseits auch nicht gut möglich: Sie sind doch immer einer der Unrichtigen, haben vierzehn Jahre gedient — folglich — es um es unfer für Sie tun?“

Wieder trat Edwige ein. Der Borgescheite ging hin und her. Er drückt von seinem Stuhmer, daß symmetrisch auf einer Raut'e des Eßhüles und dachte es ebenfalls nach.

Plötzlich erglänzte das Gesicht des Kreisföhlinspektors vor Freude und er schnippte vergnügt mit den Fingern. „Das ich nicht früher darauf gekommen bin!“ wunderte er sich. „Hören Sie, was ich Ihnen vorzieh' kann. Nächste Woche nimmt der Sekretär des hiesigen Wallenhauses seinen Abschied. Wenn Sie wollen, können Sie seine Stelle bekommen. Na, wollen Sie?“

„Gremmetsky, der solch ein Glück nicht im entferntesten erwidert hatte, begann gleichfalls vor Freude zu strahlen. „Also schön!“ sagte Fedor Petrowitsch. „Reichen Sie noch heute ein Gesuch ein.“

Nachdem Gremmetsky gesungen war, füllte der Kreisföhlinspektor Fleißterung, sogar Vergnügen. „Es war ihm angenehm, sich sagen zu dürfen, daß er eine gute, edle, zart vollenacht, daß er sich wieder einmal als liberalen, gerechten Menschen gefühlt hatte.“

„In Dienstangelegenheiten bin ich nur in der Sczale zu sprechen“, sagte Fedor Petrowitsch trocken, nachdem er den Zettel des Gejuches erfahren hatte. „Entschuldigen Sie, aber unsere Gemeinsamen Bekannten rieten mir, mich gerade höher zu wenden.“

„Um.“ brummte Fedor Petrowitsch, voll Hoch die Sichtfeh'l des jungen Mannes betrachtend. „So viel ich weiß, ist Ihr Vater reich.“ Also um diese Stelle, die mir einen so geringen Gehalt bringt?“

„Ich tue es nicht des Gehaltes wegen, sondern so.“ Es ist doch immer eine staatliche Anstellung.“ „Über ich weiß ja noch etwas anders.“ „Als Monat haben Sie die Schilder fort.“ Und insamischen habe ich hier Schubladen, welche diese Stelle eine Lebensfrage ist.“

„Es wird mir schon nicht überdrüssig werden.“ „Gehen Sie!“ sagte er, verächtlich lächelnd. „Sie ist für gewöhnlicher, auerst die Dame vorzuholen.“ „Sie wirkte nicht, daß Ihnen das unangenehm sein würde.“ „Übrigens, wenn Sie den Antwortete. „Sollsucht verwirrt.“

„Geschnellten Briefen keinen Wert heimessen, ich kann auch.“

Zeugnisse vorlegen. . . .

Er sog ein Papier aus der Tasche und reichte es hin:

"Ich ja! Beim heiligen Hause juräuschte ich, sich zu Eise fest, erinnerte sich seine Frau, Katinka, Wronowna plötzlich:

"Diese Stelle ist bereits einem andern zugeschlagen! Gestern besuchte mich Anna Gergelina. Sie verpendete sich für einen jungen Menschen. Sie sagte, im Waisenhaus werde eine Stelle frei. Diese Stelle ist bereits einem andern zugeschlagen!" unterbrach sie Fedor Petrowitsch und runzelte die Stirn.

"Du kennst doch meinen Grundriss, wie eine Stelle nach Prüfung zu besetzen?"

"Natürlich, sowohl, über dich herfe, für Anna Gergelina kannst du schon eine Anschauung machen. Sie steht uns wie eine Verwandte, ist immer so aufmerksam gegen uns und wir haben uns bisher noch mit nichts verwandert. Du darfst unter keinen Umständen weiter sagen, Fedja! Damit willst du sie und mich aufs tiefste verlegen!"

"Was empfiehlt sie denn?"

"Welchen Rolluchin? Doch nicht etwa den, der zu Neuer Jahr im Casino bei Schach spielt? Den Super . . . auf seinen Fuß!"

Der Kreischaulinpektor hörte auf zu essen. "Wo soll mich bestimmt sein Fall?" wiederholte er.

"Auf keinen Fall!"

"Wahnsinn, denn nicht?"

Die Dame, die Göttin, die Mutter, die Morgen über noch heute wird ein junger Mann, in Schönheit, Form, ein gemiller Rolluchin . . .

卷之三

Die Dame plärrerte weiter und der Kreisfuhrlinspektor blieb sie mit trüben, verglatten Augen an wie ein Mensch, der im Sterb' ih' in Ohnmacht zu fallen. Blieb sie an und lächelte höflich.

Als er am anderen Tage Wremenrath in seiner Kammer empfing, brachte er es nicht über sich, ihm die Wahrheit zu sagen. Er mochte sie flüste, war verwirrt und wußte nicht, womit anfangen, was sagen. Er wollte sich bei dem Lehrer entschuldigen, ihm reinen Wein eintheilen, aber seine Zunge war schwer wie die eines Betrunkenen, die Dränen brannten ihm wie Feuer und er fühlte sich plötzlich gefränt und beleidigt, weil er gesungenen war, jedoch eine unmündige Rolle zu spielen — in einer Komödie, vor deren Untergebener.

Er stieg plötzlich auf den Tisch, sprang auf und schrie böse: „Ich habe keine Stelle für Sie! Nein und abermals nein! Lassen Sie mich in Ruhe! In Freuden und Leidern! Eßtren Sie mich nicht länger! Zum Sie mit den einzigen Gefallen und schwer Sie sich zum Hinter!“

## Wie man Angeklagter werden kann.

„Eher seit einiger Zeit gefiel mein Zukunft meinen Bekannten nicht mehr. Ein Nutt fragte mich endlich gerade heraus: „Was ist das für ein Zustand mit Ihnen?“ Ich sagte: „Es ist der Pflegeaufstand, in den mich neuerdings der Coorsanwalt verliegt hat.“ „Na“, hieß es da — und alle lächelten ungläubig — seit wann geniert Sie das denn in dem Maße, daß man es Ihnen anmerkt?“ Nun konnte ich — wenn anders ich nicht bei Verdacht auf mir sichen lassen wollte — nicht umhin, den Nachverhalt der Wahrheit gemäß zu erklären.

Ich sagte: „Erstellen Sie sich vor: ich bin angeklagt, weil meine Frau die Tochter des Herausgebers der periodisch erscheinenden Zeitschrift „Die Tribune“ ist. Soll man dabei etwa nicht im Zustande geraten?“ „Sehr hieß es: „Sprechen Sie doch im Ernst. Sie können doch unmöglich glauben, daß wir glauben . . . .“

"Ich predige im Ernst!" - lagte ich. "Dorten Sie doch erst einmal weiter. Vor einiger Zeit wurde Karl Schneidt als Herausgeber der „Tribüne“ wegen „Verbreitung einer unrichtigen Schrift“ angeklagt. Als solche wurde beständig bewertet, eine harmlos nette kleine Flugschrift angesehen, die bereits vor zehn Jahren in dem damals erscheinenden „Sputzgekl“ abgedruckt und von seiner Seele auch nur im mindesten als ausköstig empfunden worden war. Zu gleicher Zeit erhieilt auch der Herausgeber der „Druckerei“ eine Anklageschrift. Weil aber nun der eigentliche Redakteur der „Tribüne“, Dr. Quatenbach, zu der Zeit, als die gefährliche kleine Geschichte erschien, auf Urlaub war, war der Staatsanwalt in einer peinlichen Lage. Ein Entgegabot von nur zwei Angeklagten hätte, das muß man zugeben, bei einer Strafakte von so überheblicher Wirkung keinen sonderlich imponierenden Eindruck ergeben. Etwas Ungeklärtes waren schon das mindste, was er fordern mußte. Zum Unglück für den Staatsanwalt war aber nun der dritte Mann — nämlich der Otto Quatenbach — wie ich schon sagte, auf Reisen. So, was war da zumal? Lange moß der Staatsanwalt vergeblich über diesem Problem gekämpft haben, bis er endlich auf den Rausweg verfiel —

„Nicht als dritten anzutragen.“ „Unmöglich!“ Dachten Sie keine Witze. Was haben Sie denn damit zu tun? Wie will man denn das begründen?“ „Meine Herren, vor allen Dingen bitte ich, eine Handlung der königlichen Behörde nicht als Unstimm zu bezeichnen. Unstimm gibt es nur im privaten Leben. Übrigens verhält es sich buchstäblich so, wie ich Ihnen gesagt habe.“ „Über die Begründung?“ Die Begründung!“ „Gehr einfach, der Gattungswahl habe den Strafantrag gegen mich auf folgender löslicher Basis auf: Der p. Ephraim Meyer ist zwar neuer Redakteur der „Tribüne“, noch hat er mit den veröffentlichten und als „unzüchtig“ erkannten Schriften

irgend etwas zu tun, aber — „aber . . . ?“

Aber er ist mit dem Herausgeber der „Stribune“ verwandt. Und da er mit ihm verwandt ist, hat er wohl wahrscheinlich auch ein Interesse daran, daß das Blatt während der Abschaffung des eignlichen Redakteurs in einer Weise redigirt wird. Und da er foltermässig eine Interesse an der Redaktion hat, steht es für mich, den ich auf

finnigen Staatsanwalt, seit, daß er der Rebellen, der im  
früheren Nummer war und solchermaßen als dritter Min-  
ister gestoßt herauszuheben ist.“ „Grobartig.“ Über warum hat er denn gerade Sie  
und nicht etwa Ihre Schwiegermutter herangezogen?  
oder Ihre Tochter, oder Ihre Nichte, die doch meines  
Wissens ebenfalls mit dem Herausgeber Schneider verhandelt  
find?“ „Da, meine Herren, fragen Sie mich zu viel. Was  
meine Nichte betrifft, so möchte ich bemerken, daß sie inzwischen  
betracht ihres sozialen Alters von sechs Monaten wohl noch  
nicht geeignet erschien, indes sehe ich, was meine Schwieger-  
mutter befürchtet, feinen Grund ein, weshalb der Staatsanwalt  
sie nicht mit seinen beruflichen Berechtigungen in die Anklage  
vermiceln konnte, wie etwa meine Benignität. Über Gottese-  
Wege sind unerforstlich.“ „Und wie ist die Sache nun ausgegangen?“  
„Nachdem ich einige Verhöre bestanden hatte, in welchem  
strömungsfächer Schriftsteller mit den Mätern meiner guten  
Freunde einen von vornherein aussichtslosen Kampf zu bestreiten  
wollte, mußte ich am Sonnabend in aller Frühe die Anklage-

„Gott, du mußt mir verzeihen, daß ich dich so ungestüm betreten habe. Ich habe nur mit dem Schreibtisch auf dem Schreibtisch von dem Fürstbaren geschaut. Ich habe mich nicht auf dem Schreibtisch niedergeschüttelt, mich durch die große Fahrstuhlfähigkeit, mit meine Tochter zur Frau zu überlassen, auf die Waffe gefangen gebracht zu haben. Ganz von mir hätte Herr Ohr, er habe soeben die Erörterung gemacht, daß du aufgeflogen reichlich mit Flossen bewölkt sei.“

„Es ist nicht möglich!“

„Bei Gott, ich schwörle nicht. Sie können den Bericht über die beauftragte Verhandlung ja in den Zeitungen zum Beispiel im „Borndörs“ nachlesen. Zwei und eine halbe Stunde lang dauerte die Sache. Gewiß, es war sehr unterhaltsam! insbesondere war es für mich als nicht gebildeten Mann recht interessant, auf das Kommando bestimmt der Richter direktors Gauern mich im Grammischtheater zu üben, aber von dem alles abgesehen, war es mir doch ein bisschen peinlich, vor dem Publikum als ein unentschuldigtes Mensch dastehen, gegen den der Staatsanwalt selbst seine Befreiung beansprucht. Ich bitte Sie, man muß sich ja förmlich schämen.“

Und wie endete schließlich die Aktion?“

the government, and the public at large, will be greatly gratified by the publication of this work.

Unterseebauten

Die Schauspielerin ist in der Bühnenkunst sehr gut erüchtet.

1

卷之三

mit Ausdehnung und die Zeitverzögerung zwischen dem Anfang der Fortbewegung und dem Ende derselben ist sehr groß. Die Fortbewegung kann nur durch einen Motor mit großer Leistung und einem Motor mit großer Drehzahl erzielt werden. Der Motor hat große Vorteile für die Sicherheit des Mannes, da er ohne weiteres vor- und rückwärts laufen und in den verschiedensten Geschwindigkeiten arbeiten kann. Eine große Unmöglichkeit für die Fortbewegung des Unterseebootes liegt auch darin, daß der Elektromotor fast geräuschlos, außerdem ohne Wärmeentwicklung arbeitet. Von noch größerer Wichtigkeit ist es, daß er keine Verbrennungsluft braucht, daß der Sauerstoff nicht durch den Gang der Maschine konsumiert wird. Der Nachteil des Elektromotors liegt aber in seinem hohen Gewicht und in der Schwierigkeit, die notwendige elektrische Energie in seinem Innern ohne weiteres zu beschaffen. Man ist bisher auf die Minchne von Akkumulatoren angewiesen, deren Betriebsgewicht aber vorlängig für ihre allmige Verwendung noch viel zu hoch ist. Es wird auch wohl kaum in absehbarer Zeit gelingen, den lange erfahrbten leichten Stromuliator zu konstruieren, so hoch die Unterwasserfahrt, also die Entfernung von Stauwagen, daß bei der Ladung der Sammelbatterien entsteht. Dennoch bleibt empfehlenswert ein Motorstoffgas, daß bei einer bestimmten Mischung mit atmosphärischer Luft außerordentlich explosiv ist und das bereits mehrfach schwere Katastrophen herbeigeführt hat.

Die Explosionsmotoren für die Fortbewegung hat zunächst beide an der Wasseroberfläche haben den großen Vorteil, daß sie keinen Gewichtsverlust verursachen. Aber auch bei ihnen liegt die Gefahr der Zersetzung explosiver Gasgemische vor, die bisher schon schon mal zu Unglücksfällen geführt haben. Gegenüber den Elektromotoren sind die Verbrennungsmaschinen durch ihre geringere Motorleistung erheblich im Nachteil. Man verwendet deshalb auch Kolbenmaschinen, sowie neuere Kugelmotoren als Triebkraft für die Überwasserfahrt. Beide dieser werden angeblich schon 15 bis 16 Stunden Geschwindigkeit erreicht; natürlich werden wohl nur die ältesten Boote so viel fahren. Unter Wasser werden gegenwärtig 10 Seemeilen in der Stunde als Maximumgeschwindig-

Einer der wichtigsten Zelle des Unterseebootes ist das Berliner, ein gepanzerter Rohr, das aus dem Innern des Bootes nach oben reicht und über ein Spiegelfernrohr steht, mit dem über Wasser der Horizont beobachtet werden kann. Das Rohr muß weit genug hinaufreichen, um bei der Unterwasserfahrt noch gerade über die Meereshöhenfläche hinausragen zu können. Das Bild, das durch das Spiegelfernrohr gewonnen wird, reproduziert sich im Innern des Bootes durch Spiegelung auf einem Tisch, und nur so ist eine Orientierung möglich. Denn der magnetische Kompass verliert sich wegen der großen Eisenmassen des Unterseebootes vollständig.

Die größte Gefahr für die Mannschaft besteht in dem Verlust der Manövrefähigkeit. Mit es kommt Boote aus irgend welchen Gründen unmittelbar die Wasseroberfläche zu erreichen, verliert es vor bis auf den Meerestiefe, so ist die Beschädigung, wie auch im vorigen Jahr gründlich, beim „Plunzose“, dem furchtbaren Ende des Orkans, unvermeidbar verfallen, es sei denn, daß es gelingt, das Boot noch rechtzeitig zu heben. Es sind auch schon vorstrebende Wettungsschiffe für die eingeklemmten Mannschaften ausprobiert worden; ihre praktische Verwendbarkeit habe eben sie aber bisher noch nicht erbracht. Die Seetaktier mahnen der die Mannschaft im Innern eines Bootes ohne Luftversorgung zu leben vermag, ist naturgemäß begrenzt. Durch Monich kommt in der Gruppe etwa 22 Liter Kohlendioxid aus, das sind etwa 4 Prozent der überhaupt ausgestoßene Luftmenge. Ganzheitl. aber die Luft mehr als 1 Prozent Kohlensäure, so stellen sich schon die größten Gesundheitsgefährdungen ein und es ist Erstickungsgefahr vorhanden. Insolnebeben müssen komprimierte Luft mitgenommen und während der Fahrt unter Wasser zum Auskömmen gebracht werden, wobei gegen man die verbrauchte Luft durch Pumpen aus dem Boot herauströmt. Größe der Notrat an Komprimatoren muß auf Sicherung der Atmosphäre in den Konservenraum eingeschlossen, eingeschlossenen Raumteile relativ befreit allein eine unmittelbare Gefahr für das Leben der Mannschaft besteht.

**Offizielle Auskündigung der Abteilung**  
Das nationale Frauenkomitee der amerikanischen Partei bereitet eine große Propagandaveranstaltung für die Frauen der Vereinigten Staaten vor. Es hat eine Reihe von Programmen für alle ausgearbeitet, die entweder als Zeitfodern oder für öffentliche Versammlungen dienen sollen.  
Diese Programme bestehen im wesentlichen aus einer Vorlesung, die für diesen Zweck von einer Organisatorin (Anna M. May) besonders vorbereitet ist. Diese Vorlesung als Mittelpunkt gruppiert sich eine Reihe von Reden, Vorträgen und besten Schriften. In jedem Monat werden verschiedene Artikel in der "Chrysteller" geschrieben, über ein Programm für Diskussion gelegt, und diese Artikel sind so geschliffen, dass sie zum Aufdruck gebracht werden können. Dieser Vortrags- und Plakatbestand wird vorbereitet worden, die öffentlichen Zusammenkünften als auch von Sprechern vorgelesen werden sollen. Sodas dieser Plakate werden sich an eine bestimmte Gruppe der Arbeitnehmerinnen in Werkstatt und Fabrik, ein anderes an die in einer an die Hausmutter, das Dienstmädchen, Kind usw. Auf diese Art werden Kinder, Frauen während des nächsten Jahres von den Parteien bestrebt werden. Das Thema des Januars ist beispielhaft: "Alle Programme müssen abgebrüht, im greifbaren Woman", dem offiziellen Organ der Frauenkomitees.  
Die sozialistische Organisation ist an propagandistischer Arbeit interessiert. Ein großer Appell an die Frauen der sozialistischen Partei und an die Mütter der sozialistischen Partei, um die Kinder an die Parteigenossen, unterrichtung der Gache und der Pfarre zu legen.

Sterbegeld gewährt werde. Mancher wird durch solche Versprechungen zum Abonnement veranlaßt, aber erst zu spät sieht er ein, daß er einer Täuschung zum Opfer gefallen ist, nämlich dann, wenn er an die sogenannte Versicherung Ansprüche stellen will. Da stellt sich vielfach heraus, daß er entweder sich nicht besonders zur Versicherung gemeldet hat, oder aber es stehen soviel Hindernisse und Bestimmungen der Versicherungsanstalt, bei der die Abonnenten versichert sind, im Wege, daß an die Erfüllung eines Anspruchs nur in verhältnismäßig wenig Fällen zu denken ist. Wird aber in dem oder jenem Falle wirklich einmal ein Anspruch erfüllt, so wird von dieser Tatsache in der Zeitung mit möglichst großen Lettern der Leserschaft Kenntnis gegeben. Zur Beleuchtung dieser Art Abonnementfangs haben wir schon verschiedene Beiträge geliefert. Heute möchten wir folgenden hinzufügen: Das „Illustrierte Familienblatt“ hat gleichfalls diese Abonnementversicherung eingerichtet. Die Abonnenten sind bei der „Deutschland“, einer Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, versichert. Bei natürlichen Tode soll Sterbegeld; bei Ganzinvalidität durch Unfall, bei Teilinvalidität soll eine größere Summe gezahlt werden. Eine Witwe in Spandau, deren Ehemann gestorben war, macht der Gesellschaft pflichtschuldigst von dem Sterbefall Anzeige. Darauf erhält sie die Mitteilung, die genauen Adressen der Ärzte anzugeben, bei denen der Mann vor seinem Eintritt in die Behandlung des letzten Arztes gestanden hat. Als ob es nicht genügt hätte, daß der Tod des Mannes in beglaubigter Form nachgewiesen ist. Tot bleibt er, auch wenn die Gesellschaft weiß, daß der Mann noch ein halbes Dutzend Ärzte vorher konsultiert hat. Sechs Tage später erhält die Witwe eine Aufforderung, die Police einzureichen. Nicht jeder Abonnent achtet darauf, daß er auch eine Police haben muß; nach den Reklamen nimmt er an, daß er ohne weiteres versichert ist, wenn er Abonnent ist. Und schließlich erhält die Witwe nach weiteren drei Wochen Wartezeit die Nachricht, daß die Ansprüche hätten abgelehnt werden müssen, weil der Ehemann bei Eingang der Versicherung bereits das 55. Lebensjahr überschritten hatte. Voraussetzung sei aber, daß der Abonnent bei Ausstellung des Versicherungsausweises diese Altersgrenze noch nicht überschritten habe. Wenn die letztere Behauptung richtig ist, warum hat man denn nicht gleich der Frau diese Mitteilung gemacht? Also es gibt in den meisten Fällen immer einen Haken, der es ermöglicht, die versicherten Abonnenten um ihre Hoffnungen zu bringen. Aber bei der Leichtgläubigkeit weiter Kreise wird es immer wieder genug Personen geben, die sich durch alle möglichen Versprechungen fördern lassen.

**Vom nationalen Vieh.** In Lehndrade, Kreis Herzogtum Lauenburg, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

**Aus dem Gerichtsaal.** Zu dem gestrigen Gerichtsbericht wird uns bezüglich des zweiten Falles mitgeteilt, daß hier eine Verwechslung der Namen vorgekommen ist. Nicht der Matrose B. ist häufig vorbestraft und zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden, sondern der Agent W. Der Matrose B., der ein Opfer des W. wurde, erhielt 3 Wochen Gefängnis.

**Handelsregister.** Am 23. Januar 1911 ist eingetragen bei der Kommanditgesellschaft in Firma Glaudius Co. in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. — Am 24. Januar 1911 ist eingetragen: 1. bei der Firma W. Gaedek in Lübeck: Die Prokura des J. B. Chr. Wiese in Lübeck ist erloschen; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma H. u. J. Brüggen in Lübeck: Die Gesellschafterin Witwe M. C. M. Brüggen geborene Meßtorff ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden, die Gesellschaft wird von den übrigen Gesellschaftern fortgesetzt; 3. bei der Firma H. L. Wiegelsvorm. J. C. Bung in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 4. bei der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma Wolfgang Gaedek u. Co. in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst, der bisherige Gesellschafter W. Gaedek ist alleiniger Inhaber der Firma.

pb. Festgenommen wurde ein Fabrikarbeiter aus Narromik-Hauland, der seitens der Grokherzoglichen Amtsanwaltschaft in Schwartau wegen Betruges steckbrieflich verfolgt wird.

ph. Gestohlene Legitimationsspapiere. In der Nacht vom 22. zum 23. ds. Mts. sind dem Arbeiter Johann Friedrich Theodor Gronow, geboren am 8. Januar 1869 in Kowak, Kreis Nibnik i. M., in einer kleinen Herberge folgende Legitimationsspapiere gestohlen worden: 1 Militärpaß (Duplikat), ausgestellt im Jahre 1897 in Hamburg, 1 Invaliditäts-Quittungskarte Nr. 15, ausgestellt im März 1910 in Hamburg, 2 Arbeitsbescheinigungen, ausgestellt im August 1910 in Grammersdorf bezw. am 22. Januar 1911 in Rostekau, 5 Abrechnungskarten der Invaliditäts- und Alterseversicherung. Der Dieb wird zweifellos versuchen, diese Papiere zu seiner Legitimation zu benützen.

**Neues Stadt-Theater.** Man schreibt uns: Am Donnerstag geht das historisches Lustspiel „*Zopf und Schwecht*“ von Karl Gutzkow in neuer Einstudierung in Szene. In den Hauptrollen sind die Damen Walter, Boh, Werner, Berlach, sowie die Herren Brunow, Stahl, Nagelbaur, Grube, Laube, Fritscher, Albert, Meynadier beschäftigt. Die Inszenierung liegt in den Händen des Herrn Brunow. Am Freitag abends 7 Uhr gelangt Richard Wagners Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ zur Aufführung.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Am Sonnabend, dem 28. Januar, sieht die „Baristenue“: „Amruxen“, „Ernecht“ (Kefsch-Compagnie) ihr Galoppiert mit den neuen Schlägeln „Tantalus quaken“, Schwank vom Grafen Löwenstein und „Im Chambrelere“ von J. G. Hoist fort. Von jetzt haben die Dukendenten Gültigkeit. (Mörnerfauf der Malletts siehe Enserat.)

Hamburg. Ein verständiges Urteil. Vor dem Schößengericht hatte sich der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Käppé, wegen Beleidigung eines dortigen Bäckermeisters zu verantworten. Vor einiger Zeit hatte unser Hamburger Parteiblatt einer Zulchrift Raum gegeben, wonach dem weiblichen Personal des angelich. Beleidigten Schlafräume angewiesen waren, die menschenunwürdig seien. Außerdem wurde in der Notiz die Aufsichtsbehörde auf die ungesetzliche, von 5½ Uhr morgens bis 11 Uhr abends dauernde Arbeitszeit hingewiesen. Trotzdem der Bäckermeister erst am Tage vor der Verhandlung gegen Genossen Käppé wegen Übertretung der Gewerbeordnung angeklagt und auch verurteilt worden war, ließ sich doch den Redakteuren das

geteilt, was ihm von Zeugen, deren Glaubwürdigkeit außer Zweifel stehe, mitgeteilt worden sei. Pflicht der Presse sei es, auf Missstände hinzuweisen, um die Behörden zum Einschreiten zu veranlassen. Schon aus diesen Gründen müsse dahingestellt bleiben, ob die Missstände, wie geschildert, vorhanden waren. — Wenn in ähnlich verständiger Weise auch andere Gerichte die Pflicht und Bedeutung der Presse erkennen würden, manches unglaubliche Urteil gegen Preßländer müste eine Korrektur erfahren.

**Altova.** Auch ein „militärisches“ Vergessen. Der Heizer der Marine-Seewehr B. hat vor einer Reihe von Jahren seine aktive Dienstzeit bei der Infanterie absolviert. Da er nach seiner Entlassung als Heizer Schiffsdienste nahm, wurde er der Marine-Seewehr überwiesen. Eines Tages hielt er vom Bezirkstommando Bremen den Befehl, er sollte in dienstlicher Angelegenheit zum Bezirksfeldwebel kommen. B. soll dort in angetrunkenem Zustande erschienen sein, weshalb der Bezirkstommandeur ihm zwei Tage Mittelarrest zudiktierte. Durch einen Gefreiten wurde er ins Arrestlokal gebracht, wobei er eine drohende Haltung angenommen haben soll. In der Zelle soll er in einem Wutanfall Sachen demoliert und Drohungen gegen den Major ausgestossen haben. „Ich werde schon mein Recht frögen, denn ich gehöre einer umorganisierten Gesellschaft an!“ soll er gerufen haben, worauf man ihm Handschellen anlegte. Dadurch wurde die Stimmung des B. nicht besser, vielmehr ging nun erst recht das Loben los. Ein Militärarzt verabreichte ihm Morphium, das bald eine beruhigende Wirkung hatte. Das Gericht verurteilte B. zu vier Wochen Strafe. Der Angeklagte will sich an nichts zu erinnern vermögen, während einige Unteroffiziere nur von einer Angetrunkenheit des Angeklagten sprechen. Anderer Meinung ist ein einjähriger freiwilliger Militärarzt, der den Anfall für Delirium tremens gehalten hat, welcher Meinung der Oberstabsarzt sich anschliesst. Der Generaloberarzt äuñert dagegen die Ansicht, daß ein so herkulisch gebauter Mann, wie der Angeklagte, nicht bis zur Bewußtlosigkeit betrunken gewesen sein könne. Dieser „höchsten“ Meinung ist auch das Oberkriegsgericht, das den Angeklagten wegen Nichtungsverlezung, Widerstandes, Beleidigung und Sachbeschädigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

**Brehoe.** Brandunglück. Ein Stallgebäude des Gastwirts Störmann in Grünental ging in Flammen auf. Eine Anzahl Arbeiter, die auf dem Boden übernachtet hatten, schafften es in Sicherheit zu bringen, bis auf einen, der ver-

Schwerin. Die Ungnade der Ritter. Mecklenburg schreibt man der „Berliner Volkszeitung“: „Nach feudalem Herkommen veranstaltet der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin alljährlich um diese Zeit den Landständen im engeren Sinne der Ritterschaft, im Schweriner Schloss das sogenannte Ständedinner. Gegenüber der „Übersichtung“ der lediglich aus Bürgerlichen zusammengesetzten Landschaft mit dem Nichtadel war bisher dieses Diner der Sammelpunkt des Adels. Auch diesmal stand für ihn die Tür des Goldenen Saales weit offen. Allein die bestimmte Erwartung auf zahlreiches Erscheinen erfüllte sich nicht, denn nicht weniger als ein Drittel des Adels, an der Spitze sämtliche Landräte, waren der Festlichkeit fern geblieben. Wie das zu verstehen ist? Die Herren woselbst dem Großherzog ihren Unwillen oder, um es korrekt auszudrücken, ihre hohe Ungnade darüber zu erkennen geben, daß er noch nicht aufhört, eine Verfassung anzustreben, wenn schon aus der Verfassungsvorlage, die dem nächst den Landtag in einer Nachsitzung wieder beschäftigen soll, alles ausgemerzt worden ist, was die vielen und einbringlichen Privilegien der reichen Ritterschaft auch nur streifen könnte. In anderen Reichsgebieten in anderen staatlichen Zuständen wird es Auseihen erregen, daß bei dem politischen Mahle im Goldenen Saale sämtliche Landräte nicht zugegen waren, sie also den Großherzog zu „schneiden“ für gut hielten. Doch ist die Stellung der Landräte in Mecklenburg von der der Landräte in anderen deutschen Ländern durchaus verschieden. Sie werden nicht vom Großherzog ernannt, sie sind keine Organe des Staates. Sie sind lediglich Repräsentanten der Ritterschaft und werden nur von dieser zu ihrer Würde erhoben. Somit haben sie keine anderen Interessen wahrzunehmen, als die der in Mecklenburg altnächtigen Ritterschaft in Schwerin. Von einem Festmahl, von gesellschaftlichen Umständen hat gar oft in der Welt Folgenschweres abgehängen. Das auf dürfsten auch die Landräte und die sonstigen Spitzen der Ritterschaft bauen und sich der Erwägung hingeben, daß der von ihnen geschaffene Großherzog in sich gehen und die Verfassungsvorlage wieder zusammen packen werde.“ — Übrigens muß man es den mecklenburgischen Junkern lassen: Mehr Rückgrat als die byzantinische Bourgeoisie, auf die man allerorten stößt, haben sie jedenfalls.

**Schwerin.** Eisenebahnenfa II. Amtlich wird gemeldet: Der D-Zug 12 ist gestern (Montag) in Wollratsruh in voller Fahrt auf den dort haltenden Güterzug aufgefahren, ohne daß Wagen des D-Zuges entgleitten oder Reisende verletzt wurden. Der D-Zug konnte nach drei Stunden seine Reise fortführen. Der Durchgangsverkehr war nicht gestört. Der Grund des Auffahrens ist noch nicht aufgeklärt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

**Bremen.** Eine dunkle Bombengeschichte. In der Stadt zum Dienstag erschien auf einer Bremer Polizeiwache ein Mann mit durchträkten Kleidern und gab an, sei zwei gutgekleideten Männern begegnet, die ihm eine Tasche mit zwei Dosen, einer größeren und einer kleineren, zeigten. Beide Dosen waren mit Zündschnüren versehen. Die beiden forderten ihn auf die große Dose am Dom, die kleine im Kaiscase niederzulegen und die Zündschnur anzuzünden. Er solle 3000 Mk. erhalten. Auf seine Weigerung wurde er von den beiden Männern in die Weser geworfen. Nach amtlicher Stelle eingezogenen Erfundungen läßt sich zurzeit in der Angelegenheit noch nichts Bestimmtes sagen. Die Angaben erscheinen nicht recht glaubhaft. — Zwischen wird gemeldet: Nach Erfundigung bei der hiesigen Polizei haben sich die Angaben als falsch herausgestellt. Weden Mann trotzdem ins Wasser getrieben hat, hat sich bisher nicht herausgestellt.

## Soziales

Die moderne Leibeigenschaft. Ein interessantes Kulturdokument veröffentlicht das „Volksblatt für Halle“. Es zwar nichts weiter als der Arbeitsplan einer Haugestellung, aber infolge seiner Herkunft und Ausgestaltung so charakteristisch und beziehungsreich, daß verdient, dem Unbekanntsein entrissen zu werden. M. lese:

Arbeitsplan für das Stubenmädchen.

1/26 Uhr aufstehen, bis 6 Uhr sauber waschen, lämmen und anziehen.

6-7 Uhr Stiefelputzen, Sachen bürsten und klopfen und Kaffee trinken.

7-8 Uhr Gartenzimmer und Kinderspielzimmer; Sofa bürsten, Decken ausstäuben, Teppiche kehren, Fußboden kehren und aufwischen.

8-1/11 Uhr die Garberobe, Schlafzimmer vom Herrn und Frau, Herrn Ulrichs Zimmer, Fließzimmer, Schlafzimmer der Töchter aufräumen, Betten machen, Waschtische säubern, kehren und aufwischen.

1/11-3/11 Uhr die Lampen zurechtmachen.

3/11-11 Uhr anziehen, Hände sauber bürsten, mit warmem Wasser, und die Nagel säubern.

11-3/12 Uhr in den Schlafzimmern Staub wischen — recht gründlich!

3/12-1 Uhr Teller wärmen, flicken, plätzen oder was sonst am nötigsten zu tun ist.

1-1/2 Uhr Tisch ganz sorgsam und akkurat decken, alles zum Servieren bereit stellen.

1/2-2 Uhr ist der Tisch zu bedienen und zu Mittag zu essen.

2-1/3 Uhr ist der Tisch abzuräumen, daß Esszimmer zu rüsten und der Kaffeetisch zu decken.

1/3-1/4 Uhr ist zu flicken, zu plätzen oder wenn nötig Wege zu besorgen.

1/4 Uhr ist der Kaffee ins Esszimmer zu bringen, hierauf wird 1/4 Stunde Kaffee getrunken und dann unser Kaffeetisch abgeräumt.

Von 4-6 1/4 Uhr wird die Zeit mit Ausbessern, Plätzen oder sonstiger Beschäftigung nützlich angewandt.

6 1/4 Uhr werden die Schlafzimmer, auch der Fräuleins, zu rethgemacht, mit frischem Wasser versorgt und bet gleichen.

Um 7 Uhr wird der Abendtisch gedeckt, aufgetragen und bedient.

Dann wird Abendbrot gegessen, der Tisch abgeräumt und dem Küchenmädchen beim Aufwaschen geholfen.

Um 10 Uhr wird zu Bett gegangen — früheres oder späteres ist zu melden — bitte das Baden!

Donnerstags werden die Hälfte der Fenster an der Rückseite geputzt, so daß alle 14 Tage die gleichen Fenster wieder gesäuert werden. Öffnen der Tür geschieht in weißer Schürze.

Sonnabends ist beim Aufwaschen zu helfen. — Ausgang alle 14 Tage bis 1/11 Uhr — für länger ist um Erlaubnis zu bitten!

Verfasserin dieses Planes ist die Gattin des Oekonomie rats Dr. Otto Rabe, Direktor der Landwirtschaftskammer und Mitredakteur der „Halleschen Zeitung“. Der im Arbeitsplan genannte „Herr Ulrich“ ist der fünfundzehnjährige Sohn der Frau Rätin, also noch ein Schüler, die „Fräuleins“ sind acht und zehn Jahre alt und hoffnungsvolle Töchterlein eben der genannten Dame. Die Frau Oekonomierat hat nicht nur für das Stubenmädchen einen derartigen Plan ausgearbeitet, sondern auch für die beiden andern Dienstboten, die sich noch in ihrem Dienste befinden. Doch nun der Plan selbst. Seine Wirksamkeit erstreckt sich auf volle 16 1/2 Stunden des Tages. An wirklichen Pausen ist eine einzige Viertelstunde darauf verzeichnet, nämlich die Kaffeepause nachmittags. Das Mädchen erhält jährlich 165 Mk. Lohn. Wir müssen, da alle 14 Tage „Ausgehesonntag“ ist, 339 volle Arbeitstage und 26 halbe rechnen, so daß 5716 3/4 Arbeitstunden pro Jahr herauskommen. Danach also „verdient“ das Mädchen 2,8 Pfsg. pro Stunde an Lohn! Wohinzu allerdings die „freie Station“ kommt. Die Ruhezeit für dieses Mädchen beträgt ganze 7 1/2 Stunden, in der von ihm alle privaten Berrichtungen erledigt werden müssen. Zum Essen wird ihm keine Zeit gelassen. Während es den „Herrschäften“ bei Tisch aufwartet, darf es die Bissen hinunterschlingen, die ihm zugesetzt werden, immer auf dem Sprunge, ob der 15jährige „Herr“ oder die „Fräuleins“ nicht seiner begehren. Von zweitem Frühstück ist in dem Plan überhaupt nicht die Rede. Von 6 1/2 Uhr früh bis mittags 11 1/2 Uhr darf diese weiße Sklavin danach also nicht an Nahrung denken. Und dann schaue man sich die ungeheure Arbeitsfülle und -mannigfaltigkeit an, die der Plan dem Mädchen aufweist. Wenn irgend etwas gegen die guten Sitte a verstößt, so ist es dieser Arbeitsplan! Die Hausangestellten sollten aus ihm erkennen, wie notwendig auch für sie der

## Aus dem Gerichtsaal

Moabit vor dem Reichsgericht. Von zehn Verurteilten des ersten Moabiter Prozesses ist Revision beim Reichsgericht eingelebt worden.

eingeleget worden.

Der Herr Leutnant. Höchst bezeichnend für den Dün-  
fel der preußischen Offizierskasse war eine Verhandlung des  
Gouvernementgerichts in Straßburg, die am Donner-  
tag, 19. Januar, stattfand. Es handelte sich um Äußerun-  
gen, die der Leutnant von Below im Jahre 1907 in  
einer Instruktionsstunde vor ehemaligen Einjährig-Dreimilli-  
gen entwickelt hatte. Der Leutnant hatte die Ehrengerichte  
behandelt und hierbei bemerkt, daß die Bevölkerung im Osten  
Deutschlands viel mehr Respekt vor einem Offi-  
z i e r h a b e, als im Westen. Im Osten weiche jeder einem  
Offizier auf der Straße aus; berritt ein Offizier ein Lokal,  
so erhebt sich jeder zum Zeichen seines Anstandes von seinem  
Platz. Hier im Elsass finde er von osadem nichts. Er könne  
sich einen Elsässer gar nicht anders vorstellen, als wie die  
Flüge auf einem Ohr, die Zigarette im Mund und aus-  
spuckend. Kurz, die Elsässer seien S c h w e i n e oder  
S c h w e i n e h u n d e. Der Vorgang war erst im vorigen  
Jahre in dem in Straßburg erscheinenden „Journal d'Alsace-  
Lorraine“ besprochen worden. Die Folge davon war dann  
die Klage gegen den Leutnant. In der Verhandlung wurden  
die beleidigenden Äußerungen durch vier Zeugen unter Eid  
ermittelt. Der Vertreter der Anklage beantragte vierzehn  
Tage Stubenarrest. Der Angeklagte habe durch seine Be-  
merkung ein ganzes Land beleidigt. Das Gericht erkannte  
aber nur auf vier Tage Stubenarrest. Als straf-  
mildernd wurde die Jugend des Angeklagten berücksichtigt,  
auch sei der Vorfall nur aus politischen Gründen an die  
Öffentlichkeit gebracht worden.

Offenlichkeit gebracht worden.  
Im Wedding-Krawallprozeß beantragten die Staatsanwälte wegen Teilnahme an einem Aufruhr gegen einen Angeklagten  $1\frac{1}{2}$  Jahre, gegen zwei je 1 Jahr Gefängnis, gegen 14 andere wegen Teilnahme an einem Aufruhr resp. Bekleidung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten usw. Gefängnisstrafen von 1 bis zu 10 Monaten, sowie gegen einen Angeklagten Freisprechung. Ferner beantragten die Staatsanwälte, allen Angeklagten die polizei-Untersuchungshaft anzutragen.

## Gemeinschaftsheimen

Die Nordhäuser Kantabakarbeiter Genossenschaft versendet soeben ein geschmackvoll ausgestaltetes Büchlein, welches einen Rückblick auf die Entwicklung des Genossenschaftsunternehmens wirst. Anläßlich der großen Aus-

Spättag der Kautabakarbeiter im Jahre 1901 von 58 Kautabakarbeitern begründet, hatte dieselbe in den ersten Jahren ihres Bestehens als reine Produktionsgenossenschaft mit großen Schwierigkeiten zu rechnen. Neben den fortgesetzten Versuchen der Nordhäuser Kautabakfabrikanten, ihr die Fabrikation durch Abschneiden der Rohfabrik und Extraktzölle unmöglich zu machen, hatte dieselbe unter finanziellen Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten unter den Mitgliedern selbst zu leiden. Die ersten Jahre sind deshalb als die rechten Kinderära dieser Genossenschaft zu bezeichnen. Erst durch das wachsende Interesse der Konsumgenossenschaften für die Fabrikate der „Kautabakarbeiter-Genossenschaft“ war es derzeit möglich, sich zu dem zu entwickeln, was sie heute ist. In zielbewusster Weise hat dieselbe seit dem Jahre 1908 nur noch Konsumvereine als Mitglieder aufgenommen, und somit das Unternehmen auf breiterer Grundlage aufgebaut.“ An der Genossenschaft partizipieren heute 50 der größten Konsumvereine, indem diese die Mitgliedschaft bei derselben erworben haben. Infolgedessen ist das Unternehmen heute als ein Produktionsunternehmen der Konsumgenossenschaften zu bezeichnen, das auch zur Goldenz aus den belgischen Umlaufziffern hervorgeht, indem über 70 Proz. des Gesamtumsatzes an Konsumvereine abgesetzt wird. Entsprechend dem genossenschaftlich geregelten Abschlagsbetrieb hat sich die finanzielle Grundlage der Genossenschaft in den letzten Jahren wesentlich gebessert. Während dieselbe in den ersten Jahren von Lieferanten und Geldgebern abhängig war, verfügt sie heute über ein eigenes Betriebskapital von rund 60.000 Mark und besitzt ein eigenes Grundstück im Werte von 72.000 Mark, in welchem die Fabrikation untergebracht

ist. Die der Broschüre beigelegten Bilder lassen einen Einblick in die Fabrikationswelle und -räume zu. Parallel mit der fortschreitenden günstigen Entwicklung des Unternehmens sind auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Betrieb Beschäftigten ausgebaut worden. Bereits im Jahre 1908 führte die Geschäftsleitung unter entsprechender Erhöhung der Löhne den achtfürstündigen Arbeitsstag generell durch. Im Jahre 1910 wurde der erste Tarif in der Kautabakindustrie zwischen dem Tabakarbeiterverband und der „Kautabakarbeiter-Genossenschaft“ abgeschlossen. Nach diesem zahlt die Genossenschaft 25 bis 38 Prozent höhere Löhne, als die am Orte ansäßige Privatindustrie. Außerdem gewährt sie allen im Betriebe Beschäftigten unter Fortzahlung des vollen Lohnes einen Ferienurlaub von 6 Arbeitstagen jährlich und trägt die vollen Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung. Weiter sind sämtliche männliche Arbeiter in der Unterstützungsklasse des Centralverbandes deutscher Konsumvereine versichert. Alles in allen zeigt die Entwicklung des Betriebes, daß sich derselbe unter Einhaltung der genossenschaftlichen Grundsätze zu einer Genossenschaft ausgebaut hat, auf die jeder Genosschafter mit Stolz blicken kann, und in der auch für die Beschäftigten in sozialer Beziehung etwas geleistet worden ist. Wir können deshalb jedem Konsumen von „Nordhäuser Wismut“ die Fabrikate der „Kautabakarbeiter-Genossenschaft“ nur empfehlen.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 280 Pf. Tara 20 Proz., 58,00 bis 59,00 (46,50 bis 47,00 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240–260 Pfund, Tara 20 Proz., 57,– bis 59,– (45,50 bis 47,00 Mt.) Mittelware, von 200–240 Pf. Tara 22 Proz., 58,00 bis 59,00 (45,00 bis 46,00 Mt.) Gute, leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 58,00 bis 59,00 (45,00 bis 46,00 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 52,00 bis 57,00 (39,50 bis 43,50 Mt.) Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 55,00 bis 56,00 (44,00 bis 45,00 Mt.) Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 50,00 bis 54,00 (39,00 bis 42,00 Mt.)

### Schiffsnachrichten.

**Schiffsbewegungen.**  
D. Ostsee ist gestern vormittag in Flensburg angelkommen.  
D. Hansa ist Montag abend in Libau angelkommen.  
D. Funo ist Montag abend in Flensburg angelkommen.  
D. Deutschland lief gestern morgen in Riga ein.  
D. Bar ist gestern mittag von Memel in Flensburg angekommen.  
D. Condor dampfte Montag abend von Tannenhavn nach hier ab.  
D. Storfursten ist gestern mittag in Hango angekommen.  
D. Negrit traf gestern mittag in Helsingfors ein.  
**Verantwortlicher Redakteur:** Joh. Stelling.  
**Verleger:** Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

### Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

Den Genossinnen und Genossen die traurige Nachricht, daß unser Genosse

**Friedrich Hinrichsen**

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 26. Januar 1911, nachm. 8 Uhr statt. Sammelpunkt 2 Uhr im Gasthof Transvaal.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

**Verband der  
Fabrikarbeiter Deutschl.**

Zahlstelle Lübeck.

**Nachruf.**

Am Montag, dem 23. Januar starb unser Mitglied, der Kollege

**Heinrich Möller.**

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Veranstaltung der Kollegen zur Teilnahme an derselben nachmittags 8½ Uhr beim Weizen-Hirsch.

**Die Ortsverwaltung.**

District Rensefeld.

Am Sonntag, dem 22. Januar starb unser Mitglied, der Kollege

**Friedr. Hinrichsen.**

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 26. Januar, nachmittags 2½ Uhr, vom Sterbehause aus nach dem Rensefelder Friedhof statt.

**Die Distriktsleitung.**

Für Gratulationen und Gedenke anlässlich unserer Hochzeit danken herzlich.

**Otto Köhn und Frau,  
geb. Philipp.**

Zu sofort oder später.

Kottwitzstraße mehrere Drei- und  
Zweizimmerwohnungen zu vermieten. Näheres

Kottwitzstraße 43, pt. r.

Zu verm. eine kleine Wohnung für alleinstehende Frau. Näheres Stavenstraße 275.

3. 1. April abgeschl. Drei-Zimmer-Wohnung in Küche, 2 Kell. u. Stall-Bogenr. 16, p. in Barmbek bei Süderel.

Näheres Hansestraße 117, II.

Ein eleganter seidener Dame-Maskenanzug billig zu vermieten. Johannisstraße 66, Hinterh. I.

Tüchtige

**Arbeiterinnen**

geucht.

**August Schlemmer.**

Gneisenaustraße 3.

**Ein moderner Kinderwagen**

besonderer Bauart halber billig zu verkaufen. Steinstraße 20 a.

**Hofenselle,**

Kanal 2000, Märkte, Jahn 2c.

**Pferdeharnate,**

Wüste, Schuhmachergasse 2c, 2c.  
faust zu hohem Tage preis.

J. L. Würzburg

Wohlstraße 22.

## Sie zahlen doch auch nicht gern 30 Pfg. für ein Paket Zündhölzer?

In der Huxstraße 60 erhalten Sie beim Einkauf von 50 Pfg. an 1 Paket Zündhölzer zum Preise von 20 Pfg.

Als besonders empfehlenswert:

**Reine Toiletten-Fettseife N. 220 in hochfeinen Gerüchen**

**100-gr-Stück 12,-, 1 Karton mit 5 Stück 55,-**

**Hochfeine Blumenfettseife N. 90 1 Stck. 16,-, p. Kart. 12 Stck. 1.80**

**85 1 " 7,- 3 " 20,-**

**Prima Elfenbein-Seife . . . . . p. Stck. 14,-, 3 Stck. 40,-**

**Prima russische Kern-Seife . . . . . 14,-, 3 " 40,-**

**Salmiak-Seifenpulver in 1,-Pfd.-Paketen 1 Pak. 14,-, 3 Pak. 40,-**

**" 1 " 7,-, 3 " 20,-**

**Bleichsoda . . . . . 1 " 6,-, 6 " 30,-**

### Hochwichtiges Angebot!

**1-Pfd.-Beutel, enth. Toilette-Fettseife in verschiedenen Arten,  
nur erstklassige eigene Fabrikate, nur 55 Pfg.**

## Breiholdt & Fiege

Fabrik feiner Toilette-Fettseife, Seifenpulver und Bleichsoda

Altona-Ottensen.

Als Bezugssquelle feinstes

**Salzheringe, Süßholzserven, Salzgurken etc.**

empfiehlt sich die Firma

H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge), Fischergrube 61.

**Carl Folkers**

**Möbelmagazin**

25 Marlesgrube 25.

**Vollst. Wohnungseinrichtungen.**

**Selbstgefertigte Arbeiten.**

**Größte Auswahl.**

**Billigste Preise.**

**Weitgehendste Garantie.**

**Zimmermöbel, stets vorrätig.**

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet : Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Ladea - Rabattmarken.

**Ziegelfliese 1 fl. 40 Pfg.**

22 Fliesenhausen 22.

**Fräuleinleiden  
und deren Berühmung.**

Reicht einem Anhänger.

Die Verhängung der Schwangeren.

von Dr. J. Zadek.

Preis 20 Pfg.

zu bezahlen durch die

Gesellschaft Nicht-Meyer & Co.

### Achtung !

## Schauerlente

**Sektions - Versammlung**

Donnerstag, 26. Jan.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagess-Ordnung:

1. Wahlen.

2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Verein  
Schwartau-Rensefeld**

**Versammlung**

an Freitag, dem 27. Januar

abends 8½ Uhr

im Gasthof Transvaal

Zugsordnung n. a.

Vortrag des Genossen Kreeter.

Gebet über: Die Ziele des

Zentralverbandes Deutscher Ge-

werber.

Um reichen Besuch bittet

Der Vorstand.

**Friedr. Boohse**

Glaseri.

Einrahmung v. Bildern u. Spiegeln.

Werderstraße 14 u. Rosenstraße 21.

**Beste von Weißwaren**

Kleiderstoffen, Blusenstoffen,

Schrägenzeugen, Waschkleider-

stoffen verkaufe ich zu Spottpreisen.

**F. Jürgensen**

Ecke Schwartauer u. Fackenb. Allee.

**Verband der  
Fabrikarbeiter Deutschl.**

Zahlstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**

Donnerstag, 26. Jan.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagess-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.

2. Abrechnung vom 4. Quart. 1910